

HINTERGRUNDPAPIER

# Schwaches Ergebnis trotz Verlängerung beim Klimagipfel im Warschauer Stadion

Ein internationales Abkommen braucht neue Spieler,  
besseren Spielaufbau und südamerikanische Dynamik

Sönke Kreft, Lutz Weischer, Christoph Bals, David Eckstein, Kristin Gerber, Linde Griebhaber, Lisa Junghans, Alpha Kaloga, Rixa Schwarz, Dominic Sett, Manfred Treber



## Zusammenfassung

Die Teilnehmenden der 19. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die im November dieses Jahres in Warschau stattfand, haben einen Minimalkonsens erreicht und damit die Voraussetzung geschaffen, um im Jahr 2015 ein globales Klimaabkommen verabschieden zu können. Viele zentrale Fragen konnten in Warschau aber nicht geklärt werden und die Politik der nationalen Rückschritte verhinderte größere Durchbrüche.

Es gilt nun, der internationalen Klimapolitik bis zur nächsten Konferenz in Lima Ende 2014 durch verschiedene Prozesse, auch außerhalb der UNFCCC, eine neue Dynamik zu verleihen und den Klimaschutz auch auf höchster politischer Ebene wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Dieses Hintergrundpapier von Germanwatch bewertet die Ergebnisse des Klimagipfels von Warschau vor dem Hintergrund der internationalen klimapolitischen Gesamtlage und analysiert detailliert eine Reihe wichtiger Verhandlungsergebnisse.

## Impressum

### AutorInnen:

Sönke Kreft, Lutz Weischer, Christoph Bals, David Eckstein, Kristin Gerber, Linde Griebhaber, Lisa Junghans, Alpha Kaloga, Rixa Schwarz, Dominic Sett, Manfred Treber  
Wir danken Lukas Hermwille und Michael Gleichmann für wertvolle Hinweise und Diskussionen.

### Redaktion:

Anika Busch, Daniela Baum

### Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Dezember 2013

Bestellnr.: 13-2-12

ISBN 978-3-943704-17-4

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**[www.germanwatch.org/de/7735](http://www.germanwatch.org/de/7735)**

---

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Den Blick von Warschau in die Zukunft richten .....</b>	<b>5</b>
1.1	Die Dramatik des Klimawandels wird deutlicher.....	5
1.2	Die fossilen Industrien verstärken ihre Gegenwehr .....	6
1.3	Handeln und Verhandeln: Auf die nächsten zwei Jahre kommt es an .....	7
1.4	Und im Warschauer Stadion? Ein schwaches Ergebnis trotz Verlängerung.....	8
1.5	Nach Warschau: Klimapolitik 2014 wieder auf die politische Agenda heben .....	10
1.6	Rolle von Vorreitern und Hausaufgaben für die EU und für Deutschland.....	10
1.7	Rolle der Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Paris .....	11
<b>2</b>	<b>Die Klimaverhandlungen von Warschau im Detail beleuchtet .....</b>	<b>13</b>
2.1	ADP – Fahrplan zum neuen Klimaabkommen und Klimaschutz bis 2020 .....	13
2.2	Klimafinanzierung: Ein Schrittmchen nach vorne .....	21
2.3	„Loss and Damage“: Geburt des Warschau-Mechanismus .....	24
2.4	Internationaler Waldschutz: Wichtige Entscheidungen .....	25
2.5	Kyoto-Protokoll .....	27
2.6	Die erste periodische Überprüfung (2013-2015 Review) – das Einfallstor der Wissenschaft in die UN-Klimaverhandlungen .....	27
2.7	Transparenz und Berichtspflichten: Weitere Schritte .....	29
2.8	Anpassung an den Klimawandel: Konkretes Ergebnis der Klimakonferenz.....	31
2.9	Genderaspekte in der UNFCCC .....	32
2.10	Landwirtschaft.....	33
2.11	Technologietransfer.....	34
2.12	CO <sub>2</sub> -Märkte .....	35
<b>3</b>	<b>Referenzen .....</b>	<b>37</b>

**Abkürzungsverzeichnis**

AC	Adaptation Committee
ADP	Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action
AOSIS	Allianz der kleinen Inselstaaten
CAN	Climate Action Network
CDM	Clean Development Mechanism
COP	Conference of Parties
CTCN	Climate Technology Centre and Network
EU	Europäische Union
FKW (HFC)	Fluorkohlenwasserstoffe (engl.: Hydrofluorocarbons)
GCF	Green Climate Fund
IAR	International Assessment and Review
ICA	International Consultation and Analysis
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPR	Intellectual Property Rights
LDC	Least developed country
LEG	LDC Expert Group
MRV	Measurement, Reporting and Verification
NAP	National Adaptation Plan
NRO	Nichtregierungsorganisation
NWP	Nairobi Work Programme
REDDplus	Reducing Emissions from Deforestation and forest Degradation
SBI	Subsidiary Body for Implementation
SBSTA	Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice
SCF	Standing Committee on Finance
SED	Structured Expert Dialogue
TEC	Technology Executive Committee
UN	United Nations
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

# 1 Den Blick von Warschau in die Zukunft richten

Die Vertragsstaatenkonferenz in Warschau (COP 19) fand vor dem Hintergrund immer deutlicher zu Tage tretender Auswirkungen des Klimawandels und eines gleichzeitig verstärkten Kampfes der Vertreter der fossilen Industrie gegen ambitionierte Klimapolitik statt. Es gab aber auch Zeichen der Hoffnung: fallende Preise für Erneuerbare Energien, weiterreichende Klimapolitik in den USA und in China, als noch vor ein paar Jahren denkbar erschien, und immer mehr mutige Aktionen der Zivilgesellschaft.

Viele politische Entscheidungen in den Hauptstädten und Investitionsentscheidungen vor Ort werden in den nächsten Jahren darüber bestimmen, ob es noch gelingen kann, die Auswirkungen des Klimawandels auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen und die Welt auf einen klimafreundlichen und -resilienten Entwicklungspfad zu bringen. Der internationale Verhandlungsprozess ist ein Teil dieses Puzzles. Ein internationales Abkommen ist nicht der alles entscheidende Faktor, aber die Verhandlungen senden wichtige Signale an Investoren und Politiker, wohin die Reise weltweit geht. Das Abkommen muss der Landeplatz für ambitioniertes Handeln der einzelnen Länder werden. Dort müssen aus dem Handeln verbindliche Verpflichtungen werden, die in einem sich wechselseitig verstärkenden Prozess weiter erhöht werden. Das internationale Rahmenwerk macht die Beiträge einzelner Länder zum Klimaschutz vergleichbar und erlaubt einen Abgleich dieser Beiträge mit dem Zwei-Grad-Limit, also dem Ziel der Staatengemeinschaft, die durchschnittliche globale Erwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius im Vergleich zu den Temperaturen vor der Industrialisierung zu begrenzen.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, sowohl diesen Landeplatz zu gestalten als auch die vielen Politik- und Investitionsentscheidungen vor Ort zu beeinflussen.

## 1.1 Die Dramatik des Klimawandels wird deutlicher

Die Konferenz von Warschau fand vor dem Hintergrund immer deutlicherer Folgen des Klimawandels statt. Erst im September hatten die führenden Klimawissenschaftler der Welt anlässlich der Veröffentlichung des ersten Teils des fünften Sachstandsberichts des Weltklimarates IPCC erklärt, dass mittlerweile die Sicherheit bei über 95 Prozent liegt, dass der globale Klimawandel überwiegend menschengemacht ist. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels, etwa beim Anstieg des Meeresspiegels oder der Versauerung der Ozeane, noch drastischer ausfallen könnten als bislang befürchtet<sup>1</sup>. Nur wenige Tage vor dem Konferenzbeginn in Warschau verwüstete dann der Taifun Haiyan – einer der stärksten Wirbelstürme seit Beginn der Aufzeichnungen – Teile der Philippinen und hinterließ über 5.000 Tote und vier Millionen Menschen ohne Unterkunft<sup>2</sup>. Während der ersten Konferenzwoche wurde dann Somalia Opfer eines der stärksten je gemessenen Stürme in dieser Weltregion, der 300 Menschen und mehr als 100.000 Nutztiere

---

<sup>1</sup> IPCC (2013): Summary for Policymakers.

<sup>2</sup> OCHA (2013): Philippines: Typhoon Haiyan.

das Leben kostete und damit die Lebensgrundlage zehntausender Kleinbauern bedroht<sup>3</sup>. Beide Stürme zeigen, was auf einem sich weiter erwärmenden Planeten in Zukunft häufiger drohen könnte.

Einige VerhandlerInnen und VertreterInnen der Nichtregierungsorganisationen (NRO) versuchten in Warschau, ein Bewusstsein für diese Folgen und den hohen Handlungsdruck in das Konferenzzentrum zu tragen. In einer emotionalen Rede am ersten Tag der Klimakonferenz wies der philippinische Chefverhandler auf den Widerspruch zwischen immer drastischeren Folgen des Klimawandels und ausbleibenden Verhandlungsfortschritten hin und appellierte an die Delegierten: „Wir können diesen Wahnsinn stoppen!“ Außerdem erklärte er, aus Solidarität mit den Taifun-Betroffenen so lange zu fasten, bis auf der Warschauer Konferenz ein Durchbruch erzielt werde<sup>4</sup>. Viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft und von Religionsgemeinschaften innerhalb des Konferenzentrums und auf der ganzen Welt schlossen sich in den folgenden Tagen diesem Fasten an. Damit setzten sie ein Zeichen, dass sie sich mit den Leidtragenden des Klimawandels solidarisieren, und forderten geschlossen, die notwendigen Klimaschutzziele zu vereinbaren.

## ***1.2 Die fossilen Industrien verstärken ihre Gegenwehr***

Dennoch war von diesem überwältigenden Handlungsdruck und dieser Entschiedenheit in den eigentlichen Verhandlungen nur wenig zu spüren. Der Warschauer Klimagipfel zeigte nämlich auch, wie die fossile Energiewirtschaft ihren Abwehrkampf verstärkt und teilweise erfolgreich den Prozess lähmt. Führende Firmen der fossilen Energieerzeugung waren von der polnischen Regierung in die Vorverhandlungen eingebunden worden, traten als Gipfel-Sponsoren auf und konnten sich in einem offiziellen „Side Event“ der polnischen Regierung zum EU-Emissionshandel präsentieren. Zudem veranstalteten die polnische Regierung und die „World Coal Association“ (WCA) parallel zur COP 19 den „Coal and Climate Summit“ mit dem Ziel, darzustellen, wie Kohlekraft einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne. Klimaschutz-Aktivist\*innen protestierten gegen diesen Gipfel, über den – auch wegen dieser Proteste – in der polnische Presse ausführlich berichtet wurde. Gleichzeitig meldete sich eine Gruppe von 27 renommierten Wissenschaftlern zu Wort und stellte klar, dass die weitere Verbrennung von Kohle nicht mit dem Zwei-Grad-Limit zu vereinbaren ist<sup>5</sup>. Besonders klimaschädliche fossile Brennstoffe verlieren global an gesellschaftlicher Akzeptanz, vor allem Kohle, aber auch Öl, das durch besonders aufwändige und gefährliche Verfahren wie den Abbau von Teersand oder Tiefseebohrungen in der Arktis gewonnen wird. Allgegenwärtig war auf der COP auch der Fall der 30 Greenpeace-Aktivist\*innen, die von russischen Behörden festgenommen worden waren, nachdem Sie friedlich gegen Ölbohrungen im Arktischen Ozean protestiert hatten: Viele VertreterInnen der Zivilgesellschaft trugen „Free the Arctic 30“-Buttons und beteiligten sich an Solidaritätsaktionen.

Gleichzeitig verstärkt die fossile Industrie ihre Gegenwehr und feiert auf nationaler Ebene Erfolge, die sich auf dem internationalen Parkett widerspiegeln. Nach dem Wahlsieg von Tony Abbot in Australien, der massive Wahlkampfunterstützung von der fossilen Industrie

---

<sup>3</sup> Tagesschau (2013): Zyklon verwüstet Nordosten Somalias. 100 Tote nach Sturm an Puntlands Küste.

<sup>4</sup> Bbc (2013): Typhoon prompts 'fast' by Philippines climate delegate.

<sup>5</sup> European Climate Foundation (2013): New unabated coal is not compatible with keeping global warming below 2°C.

erhalten hatte<sup>6</sup>, trat Australien in Warschau wie ein verlängerter Arm der Tea Party auf<sup>7</sup>. Noch während der Konferenz kündigte die neue australische Regierung an, die Klimaschutzgesetzgebung zurückfahren zu wollen. Japan erklärte derweil, statt einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 25 Prozent bis 2020 eine Erhöhung um mehr als drei Prozent vorzusehen<sup>8</sup>. Damit wird das japanische Klimaziel dreimal stärker abgesenkt als notwendig wäre, wenn alle nach Fukushima stillgelegten Kernkraftwerke zu je 50 Prozent durch Gas und Kohle ersetzt würden<sup>9</sup>. In der EU werden jegliche Fortschritte in Richtung stärkerer Klimaschutzziele blockiert, vor allem von Gipfel-Gastgeber Polen. Und auch in Deutschland spiegelt der neue Koalitionsvertrag eher die Interessen der alten Energiewirtschaft und der Kohlelobby wider als den Weg zu einer entschiedenen Energiewende<sup>10</sup>.

### ***1.3 Handeln und Verhandeln: Auf die nächsten zwei Jahre kommt es an***

Gleichzeitig sehen wir auch positive Entwicklungen. Die Kosten für Erneuerbare Energien fallen weiter, und ihr Anteil am Energiemix nimmt zu<sup>11</sup>. Der Anstieg der Treibhausgasemissionen verlangsamt sich (siehe Textbox zum Klimaschutz-Index 2014). Die beiden größten Emittenten der Welt – die USA und China – planen eine strikte Regulierung von Kohlekraftwerken, die in Amerika und in einigen chinesischen Regionen de facto einem Verbot des Neubaus gleichkommt. Das Klimaabkommen 2015 wird die Weggabelung markieren, an der sich ablesen lässt, wer sich durchgesetzt hat: die fossilen Industrien oder diejenigen, die das globale Umschwenken auf einen klimafreundlichen Pfad wollen. Die wichtigen Entscheidungen fallen allerdings vorher in den Hauptstädten und bei den Investoren.

Was in den nächsten Jahren auf nationaler Ebene gelingt, definiert den Raum des Möglichen für das globale Abkommen, das im Jahr 2015 auf der Klimakonferenz in Paris (COP 21) verabschiedet werden soll. Das kommende Jahr wird ein Jahr der Entscheidungen: Der Erfolg der chinesischen Pilotregionen, in denen Emissionshandel und Begrenzungen der Kohle erprobt werden sollen, wird darüber entscheiden, welche Rolle eine ambitionierte Klimapolitik im nächsten Fünfjahresplan der chinesischen Regierung spielen wird. In den USA beabsichtigt die Regierung, das nationale Klimaziel auch ohne Gesetz durch Regulierungen zu erreichen. Ob das tatsächlich gelingt, werden die Verordnungen für bestehende Kohlekraftwerke zeigen, deren Entwurf in den nächsten Monaten veröffentlicht wird. In der EU ist das Klimaziel für 2020 schon erreicht und eine Zielverschärfung dringend geboten, diese wird aber derzeit politisch blockiert. Im März 2014 stehen zudem Entscheidungen über die EU-Ziele für 2030 an, die entweder ein starkes Signal für ein ambitioniertes internationales Abkommen setzen oder aber den Abschied der EU von ihrer Vorreiterrolle signalisieren werden. Hier sollte Deutschland eine starke Rolle übernehmen und höhere Ambitionen fordern. Dies scheint aber vor dem Hintergrund des aus klimapolitischer Sicht enttäuschenden schwarz-roten Koalitionsvertrags mehr als fraglich. Gleiches gilt für die er-

---

<sup>6</sup> The Guardian (2013): Why Tony Abbott wants to abolish the carbon price.

<sup>7</sup> Dies wurde u.a. auch auf der Pressekonferenz der von der Tea Party finanzierten, klimaskeptischen Organisation Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT) deutlich, die das Auftreten der australischen Delegation stark befürwortet und angepriesen hat (vgl. YOUTH CLIMATE (2013): Climate Denial Group CFACT Congratulates Australia During Warsaw Talks).

<sup>8</sup> Reuters (2013): Japan's new CO<sub>2</sub> goal dismisses U.N. climate conference.

<sup>9</sup> Jeffery, L. et al. (2013): Policy Brief by Climate Action Tracker.

<sup>10</sup> Germanwatch (2013): Koalitionäre wollen Deutschland beim Klimaschutz vom Vorreiter zum Mitläufer machen.

<sup>11</sup> Ren21 (2013): Renewables 2013. Global Status Report.

folgreiche Umsetzung der Energiewende, die international als ein Modellprojekt betrachtet wird.

#### **Klimaschutz-Index 2014: Ein Hoffnungsschimmer?**

Germanwatch gab während der Klimakonferenz in Warschau wie in jedem Jahr den Klimaschutz-Index heraus, der für Transparenz in der internationalen Klimapolitik sorgen soll. Auf der Basis standardisierter Kriterien bewertet und vergleicht der Index den Klimaschutz in 58 Staaten, die zusammen für mehr als 90 Prozent der energiebedingten weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind.

Der Index zeigt: Keines der 58 größten Emittentenländer unternimmt bisher genügend Anstrengungen, um einen gefährlichen Klimawandel abwenden zu können. Deshalb hat es erneut kein Land auf die ersten drei Plätze des Index geschafft. Gleichzeitig erreichen die Emissionen weltweit einen neuen Höhepunkt. Dennoch gibt der Index auch erstmals Grund zu vorsichtigem Optimismus, denn es gibt Anzeichen dafür, dass sich der globale CO<sub>2</sub>-Emissionsanstieg verlangsamt. Ein Grund dafür ist, dass China als größter CO<sub>2</sub>-Emittent seine Klimaschutz-Anstrengungen merklich verstärkt. Deutschland ist hingegen zum ersten Mal überhaupt aus den Top Ten des Index gerutscht – von Platz acht auf Platz 19. Damit ist das Land einer der größten Index-Verlierer. Hauptgrund ist die sehr negative Expertenbewertung des deutschen Widerstands gegen eine ambitioniertere Klimapolitik in Brüssel. Deutschland verliert vor allem wegen seiner Unentschiedenheit bei der Reform des Emissionshandels und wegen seiner Blockade der EU-Richtlinien für spritsparende Autos und für mehr Energieeffizienz.

Die detaillierten Ergebnisse können hier heruntergeladen werden:

[www.germanwatch.org/de/7678](http://www.germanwatch.org/de/7678)

### ***1.4 Und im Warschauer Stadion? Ein schwaches Ergebnis trotz Verlängerung***

Vor dem Hintergrund der anstehenden wichtigen Entscheidungen wurde vom Warschauer Gipfel erwartet, dass dieser einen Fahrplan bis zum Pariser Gipfel 2015 aufzeigt, damit dort ein verbindliches und ambitioniertes Abkommen verabschiedet werden kann, das ab 2020 gelten soll. Dies wäre auch ein klares Signal an Politiker und Investoren gewesen. Außerdem sollte in Warschau das Signal gegeben werden, mit verstärkter Klimapolitik die Ambitionsücke vor 2020 schließen, die zugesagte finanzielle Unterstützung für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern einhalten und die Angst der vom Klimawandel am stärksten Betroffenen vor klimawandelbedingten Schäden und Verlusten in Zukunft auf internationaler Ebene ernst nehmen zu wollen. In all diesen Bereichen wurden Einigungen erzielt, die aber insgesamt kaum über den Minimalkonsens hinausgehen. So hat die Warschau-Konferenz weder dazu beigetragen, das Zwei-Grad-Limit mit größerer Wahrscheinlichkeit einzuhalten, noch hat sie viele der entscheidenden Hemmnisse auf dem Weg zu einem neuen Klimaschutzabkommen aus dem Weg geräumt.

In Warschau haben sich Industrie- und Schwellenländer hintereinander versteckt und damit ein gutes Ergebnis der Konferenz verhindert. Hinsichtlich der Zielverschärfungen vor 2020 und der Klimafinanzierung haben die Industrieländer so gut wie nichts auf den Tisch gelegt bzw. – wie Australien und Japan – sogar klimapolitische Rückschritte erklärt. Auch

die anderen Industrieländer, insbesondere die USA und die EU, tragen eine Mitverantwortung, da sie nicht dazu bereit waren, ihre Klimaziele zu erhöhen oder klare Finanzierungszusagen zu machen. Auch Deutschland hat sich nicht entschieden genug für eine Wiederbelebung der europäischen Vorreiterrolle eingesetzt und damit den Einfluss der EU auf die Verhandlungen geschwächt. Verstärkter Klimaschutz vor 2020 ist aber Teil der Vereinbarung von Durban und damit genauso wie die Klimafinanzierung Voraussetzung dafür, dass Schwellenländer im Jahr 2015 eigene Verpflichtungen im neuen Klimaschutzabkommen akzeptieren werden.

Gerade die Schwellenländer haben in Warschau in letzter Minute den Fortschritt verlangsamt. Die fehlende Ambition der Industrieländer bis 2020 bot Ländern wie China, Indien oder Brasilien die Gelegenheit, mit guten Gründen und fraglichen Absichten in alten Verhandlungsmustern zu verharren, anstatt ihre durchaus beachtlichen nationalen klimapolitischen Fortschritte (China: Drosselung des Ausbaus von Kohlekraftwerken; Brasilien: erhebliche Reduktion der Entwaldung) in internationale Verantwortung zu übersetzen.

Die Erfahrung der Klimakonferenz in Kopenhagen, bei der es nicht gelungen ist, ein verbindliches Klimaabkommen zu verabschieden, hat gezeigt, dass nicht alle Fragen bis zur letzten Minute aufgeschoben werden dürfen. Insbesondere die Beiträge der einzelnen Länder zur weltweiten Emissionsminderung müssen zunächst national vorbereitet werden. Danach muss sichergestellt werden, dass sie auch ausreichend sind. Die Minderungsversprechen, die viele Länder in Kopenhagen vorgestellt haben, ergeben zusammengenommen eine Begrenzung der Erderwärmung auf etwa 3,1 (+0,6) Grad Celsius im Jahr 2100; tatsächliche Emissionstrends deuten sogar auf eine Temperaturspannbreite von 3 bis 4,6 Grad Celsius bis 2100 hin<sup>12</sup>. Viele Länder und NRO fordern daher, bei den Verhandlungen zum Pariser Abkommen eine ex-ante Begutachtung der Ziele vorzunehmen, damit diese vor Einschreiben in ein globales Abkommen verschärft werden können. Voraussetzung dafür wäre, dass erste nationale Verpflichtungen rechtzeitig vor der Pariser Konferenz vorgelegt werden; und zwar in einer verständlichen und vergleichbaren Form. Die Schwellenländer verhinderten in Warschau allerdings eine Deadline für das Einreichen der Ziele 2014 ebenso wie einen Beschluss, der klarstellt, dass die Ziele an den Erkenntnissen der Klimawissenschaft und dem Prinzip einer gerechten Verteilung zwischen den Ländern gemessen werden sollen.

Der Beschlusstext schickt die RegierungsvertreterInnen dennoch mit einer wichtigen Hausaufgabe zurück in ihre Hauptstädte, nämlich dem Ausarbeiten ihrer geplanten Beiträge zum neuen Klimaabkommen. In Warschau gelang es aber nur, sich auf eine vage Frist zu einigen: „Rechtzeitig“ vor der Konferenz in Paris im Jahr 2015 sollen die Länder ihre Beiträge vorstellen. Alle Länder, „die dazu bereit sind“, sollen ihre Ziele innerhalb des ersten Vierteljahrs 2015 bekanntgeben<sup>13</sup>. Mit der Frage der Form der künftigen Klimaschutzbeiträge werden sich die KlimaverhandlerInnen in den kommenden Monaten beschäftigen und eine Entscheidung bei der nächsten Konferenz in Lima im Dezember 2014 vorbereiten. Außerdem soll die Diskussion um Klimaschutz bis 2020 bei einem Ministertreffen in Bonn im Juni 2014 auf einer höheren politischen Ebene fortgesetzt werden. Daneben sollen innerhalb der UNFCCC verstärkt freiwillige Kooperationen in den Bereichen angestoßen werden, in denen Klimaschutzanstrengungen und Entwicklung Hand in Hand gehen, etwa beim Ausbau Erneuerbarer Energien.

Die Einigung von Warschau lässt aber entscheidende Fragen offen, etwa ob in der Summe der Beiträge das Zwei-Grad-Limit einzuhalten ist, wie eine ex-ante Begutachtung 2015

---

<sup>12</sup> [www.climateactiontracker.org](http://www.climateactiontracker.org)

<sup>13</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 2 (b).

aussehen kann oder welche Rechtsform das neue Abkommen haben wird. Bei den Verhandlungsrunden im kommenden Jahr (im März und im Juni in Bonn und im Dezember in Lima, mit einer möglichen Zusatzsitzung im Herbst) müssen deswegen Fortschritte hinsichtlich der Beantwortung dieser Fragen erzielt werden, damit die Zeitplanung bis 2015 nicht weiter ins Rutschen gerät.

### ***1.5 Nach Warschau: Klimapolitik 2014 wieder auf die politische Agenda heben***

Das entscheidende Hindernis für weitergehende Einigungen in Warschau lag aber nicht auf der Ebene der technischen Verhandlungen – vielmehr fehlte der politische Wille zu mutiger Klimapolitik. Deswegen kommt es 2014 vor allem darauf an, auf höchster politischer Ebene den Klimaschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu gibt es gleich mehrere Möglichkeiten. Bei Veranstaltungen wie dem Weltwirtschaftsforum in Davos oder der Münchener Sicherheitskonferenz wird der Klimaschutz ein wichtiges Thema sein. Staaten, die ambitionierten Klimaschutz wollen, müssen G8- und G20-Regierungen zu einer aktiven Klimaaußenpolitik drängen und Druck auf klimapolitische „Schurkenstaaten“ wie Kanada und Australien ausüben.

Im Juni 2014 werden die Minister in Bonn vor allem über die klimapolitischen Ambitionen bis 2020 verhandeln. Der vom UN-Generalsekretär einberufene Klimagipfel mit Staats- und Regierungschefs am 23. September in New York sollte dann den Höhepunkt für Klimaschutzvereinbarungen für die Zeit vor 2020 bilden und gleichzeitig den Startschuss geben für eine Periode, in der erste Beiträge für die Zeit nach 2020 angekündigt werden. Das Treffen in New York muss bewirken, dass sich die Staats- und Regierungschefs wieder persönlich mit dem Klimawandel auseinandersetzen und ambitionierte Ziele, Politiken und Initiativen ankündigen. Außerdem sollten dort erste Mittelzusagen für den „Green Climate Fund“ (GCF) erfolgen – eine entscheidende vertrauensbildende Maßnahme auf dem Weg nach Paris.

### ***1.6 Rolle von Vorreitern und Hausaufgaben für die EU und für Deutschland***

Damit der globale Klimaschutz wieder an Fahrt aufnimmt, müssen die Verhandlungen auf internationaler Ebene also durch mutiges Handeln in den Nationalstaaten und neue Allianzen von Vorreiterstaaten begleitet werden. Hier ist die EU gefragt, die ihre einstige Vorreiterrolle wieder einnehmen muss, um ihren eigenen Einfluss auf die Verhandlungen wahren zu können. Dafür braucht es eine tiefgreifende Reform des EU-Emissionshandels und ambitionierte Klimaschutzziele für 2020 und 2030. Die EU muss für 2030 verbindliche und ambitionierte Ziele für die Emissionsreduktion (mindestens 55 Prozent), den Ausbau Erneuerbarer Energien (mindestens 45 Prozent) und das Verringern des Energieverbrauchs (mindestens 40 Prozent) festlegen. Zudem müssen die EU oder einzelne Mitgliedsländer im Hinblick auf das Ministertreffen im Juni 2014 in Bonn auch für 2020 eine Zielerhöhung zusagen.

Deutschland kommt im Klimaschutzjahr 2014 eine besondere Rolle zu: als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU, als Gastgeberland des Ministertreffens in Bonn, als Co-Vorsitzender des Direktoriums des GCF und als Energiewende-Vorreiter, mit dem andere Länder im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz kooperieren wollen.

Die Warschauer Verhandlungen haben gezeigt, dass sich auf allen Erdteilen Vorreiterstaaten finden, die ernsthafte Klimapolitik betreiben und die Chancen nutzen wollen, die sich aus der Transformation hin zu einer effizienten, ressourcenschonenden und sauberen Wirtschaftsweise ergeben. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, diese Staaten in Allianzen zusammenzubringen, die die vielen Vorteile dieses Entwicklungspfades demonstrieren und ausnutzen. Diese Allianzen können dann auch in den Verhandlungen eine neue Dynamik erzeugen.

## ***1.7 Rolle der Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Paris***

Wichtige Akteure der Zivilgesellschaft haben in Warschau ein Zeichen gesetzt und mit einem koordinierten „Walk-out“ die Konferenz verlassen. Dabei galt die Frustration der Organisation dieses Gipfels und der Rolle der fossilen Industrien und der polnischen Regierung, die auch durch den zeitgleich veranstalteten „Coal and Climate Summit“ deutlich wurde. Der „Walk-out“ war mit dem Signal verbunden, in Lima wieder beim Gipfel dabei zu sein. Er war also kein Protest gegen den Prozess an sich, sondern gegen die Politik einzelner Regierungen und die Macht der fossilen Industrie, die den Prozess lähmen. Germanwatch begrüßte den „Walk-out“ als politisches Zeichen, beteiligte sich aber nicht daran, um im Rahmen einer Rollenteilung den Druck von außen innerhalb der Verhandlungen in konstruktive Dynamik umwandeln zu können.

Klar ist, dass die Zivilgesellschaft in den nächsten zwei Jahren eine Schlüsselrolle im Klimaschutz innehaben wird. Sie muss Druck erzeugen, damit der Spielraum für ambitionierte Klimapolitik wächst. Sie kann auch dazu beitragen, dass das, was auf nationaler und lokaler Ebene in vielen Ländern bereits geschieht, auf die internationale Ebene übersetzt wird. Wie genau zukünftige Beiträge zum Klimaschutz im neuen Abkommen definiert werden und welche Länder ihre Ziele bereits Anfang 2015 vorlegen sollen, ist interpretations-offen. Hier besteht die Aufgabe der Zivilgesellschaft auch darin, ambitionierte Interpretationen anzustoßen und die Verhandlungen in die richtige Richtung zu lenken. Bezüglich einiger offener Fragen, beispielsweise wie Beiträge vergleichbar gemacht werden und wie sie angemessenen und gerecht sein können, sind derzeit keine einfachen Lösungen in Sicht. Hierzu Ideen zu entwickeln und eigene unabhängige Einschätzungen zu präsentieren, ist eine wichtige Aufgabe für Wissenschaftler und Aktivisten.

**Dramatisches Finale der Verhandlungen**

Die ADP-Verhandlungen hätten bereits am Donnerstag beendet sein sollen, doch am Samstag diskutierten die VerhandlerInnen im Plenum immer noch kontrovers über den Zeitplan bis zum Klimagipfel in Paris. Zwar konnte in einer Nachtsitzung der Delegierten von Freitag auf Samstag ein Beschlussentwurf entwickelt werden, zu dem ein Konsens aller Staaten möglich schien. Allerdings gab es schon vor dem Frühstück das Gerücht: Die G77-Länder wollen die Themen Klimafinanzierung und Beschlüsse der Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform (ADP) noch einmal auf die Tagesordnung bringen.

Bis in den Nachmittag hinein diskutierten die Delegierten, und ein Ende des Meinungs-austauschs war nicht abzusehen. Die VerhandlerInnen waren zu dieser Zeit – 18 Stunden nach dem ursprünglich geplanten Ende des Klimagipfels – sichtlich erschöpft. Insbesondere kleine Delegationen waren bereits schlecht vertreten, als die eigentliche Abschluss-Sitzung des Klimagipfels noch nicht einmal begonnen hatte. Die Diskussionen drehten sich in erster Linie um das Procedere – ein Zeichen dafür, dass auf inhaltlicher Ebene kaum Fortschritte erzielt werden konnten.

Als letzten Ausweg aus der verfahrenen Situation schlug der Vorsitzende vor, in einem „Huddle“ – einer informellen Gesprächsrunde mitten im Konferenzraum – eine Lösung zu finden. Eine solche Verfahrensweise hatte sich bereits in Durban bewährt, wo in letzter Minute doch noch eine Einigung erreicht werden konnte.

Tatsächlich konnten in dem „Huddle“ in Warschau Ergebnisse erzielt werden – wenn auch bescheidene. Die Delegierten nahmen die entsprechenden Änderungen für die Beschlussvorlage – die weitestgehende war wohl das Umwandeln von ‚Verpflichtungen‘ in ‚Beiträge‘ – nach der Verlesung an, und der Vorsitzende schloss die Sitzung, um mit der Abschluss-sitzung fortzufahren. Dort nahmen die Delegierten zunächst alle Beschlussvorlagen ohne weiteren Widerspruch an.

Beim Thema „Loss and Damage“ meldete sich allerdings Fiji zu Wort, das in Warschau für die G77 und China sprach, also für mehr als 130 Staaten. So war eine schnelle Entscheidung doch nicht möglich, und Konferenzpräsident Korolec unterbrach auf Drängen einiger Entwicklungsländer die Verhandlungen im Plenum erneut für ein „Huddle“. Die Teilnehmer, darunter die USA, die EU, kleine Inselstaaten und die G77, einigten sich auf den Kompromiss, den „Loss and Damage“-Mechanismus weiterhin im Bereich der Anpassung anzusiedeln, zumindest für die nächsten drei Jahre. Nach einigen weiteren Statements konnte die Sitzung geschlossen werden – eine weitere Hürde auf dem Weg zu einem neuen Abkommen war genommen.

*Manfred Treber & Dominic Sett*

## 2 Die Klimaverhandlungen von Warschau im Detail beleuchtet

### 2.1 ADP – Fahrplan zum neuen Klimaabkommen und Klimaschutz bis 2020

Die wichtigste Erwartung an die Klimakonferenz in Warschau war es, einen Fahrplan für das 2015er-Abkommen zu entwickeln, damit nicht alle Fragen bis zur letzten Nacht des Pariser Gipfels aufgeschoben werden. Über diesen Fahrplan wurde der ADP verhandelt. Er sollte folgende Elemente umfassen:

- vorläufige nationale Minderungszusagen und ihre nationale Vorbereitung,
- Art und Form der vorläufigen Minderungszusagen,
- Kriterien zur Untersuchung der vorgelegten Minderungszusagen,
- Verhandlungsplan inklusive Einbindung von Regierungschefs und Ministerebene,
- Weg zum Vertragstext des 2015er-Abkommens.

Darüber hinaus wurde in Warschau in der ADP auch der gesamte Bereich Kurzfristambition vor 2020 verhandelt. Dieser gliedert sich in die folgenden Punkte:

- Erhöhen bisheriger Klimaziele,
- Ausbau der UNFCCC zu einer konkreten Kooperationsplattform,
- Beitrag anderer multilateraler Prozesse und internationaler Initiativen zum Klimaschutz.

Die Bereitschaft der Schwellenländer, in ein 2015er-Abkommen in gleichem Maße einzusteigen wie die Industrieländer, hängt insbesondere von der Bereitschaft der Industrieländer ab, ihre Kurzfristambitionen zu erhöhen. Deshalb gibt es in der ADP-Entscheidung nun keine Unterscheidung mehr zwischen verschiedenen Arbeitssträngen für das 2015er-Abkommen und die Kurzfristambitionen, sondern beide Stränge wurden gemeinsam behandelt.

#### **Vorläufige nationale Minderungszusagen und ihre nationale Vorbereitung**

Nach der dramatischen Schlussverhandlung (siehe Textbox) vereinbarten die VerhandlerInnen zum Zeitplan für das 2015er-Abkommen – wie oben beschrieben – ein Minimalziel: Alle Staaten sollen die vorläufigen Minderungsversprechen „rechtzeitig“ vor den Verhandlungen in Paris vorlegen – Länder, „die dazu bereit sind“, spätestens im 1. Quartal 2015<sup>14</sup>. Damit verschiebt sich die Zeitplanung um mindestens sechs Monate weiter nach hinten als von EU, der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS), den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) sowie den NRO gefordert. Auch ist die Sprache immer weiter verwässert

---

<sup>14</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 2 (b).

worden, so dass nicht von „Verpflichtungen“, sondern von „Beiträgen“ gesprochen wird<sup>15</sup>. Trotzdem kann der Beschlusstext so interpretiert werden, dass zumindest die G20-Länder ihre Klimaschutzziele noch in 2014 oder spätestens Anfang 2015 vorlegen sollen.

Wichtig war das Signal, dass alle Länder Vorbereitungen anstoßen oder intensivieren sollen, um die Minderungsziele national vorzubereiten. Entwicklungsländer sollen bei entsprechenden Prozessen unterstützt werden.

### **Art und Form der vorläufigen Minderungszusagen**

Die Erfahrung aus dem UNFCCC-Prozess nach Kopenhagen zeigt, dass es wichtig ist, die Form der Minderungszusagen zu definieren, damit es z.B. nicht zu einem doppelten Anrechnen von Emissionszertifikaten in Industrie- und Schwellenländern kommt<sup>16</sup>. Außerdem müssen Transparenz und Vergleichbarkeit geschaffen werden, etwa bei der Wahl des Basisjahres, bei der Auswahl des Vergleichsmaßstabs für CO<sub>2</sub>-Intensitätsziele und beim Festlegen, für welche Gase die Minderungszusagen gelten. Diese Punkte wurden in Warschau kontrovers diskutiert, da beispielsweise Entwicklungsländer es ablehnen, ebenso viele Informationen bereitzustellen wie Industrieländer. Laut des Verhandlungstexts sollen die Länder ihre vorläufigen Minderungszusagen in einer Art einreichen, die „Klarheit, Transparenz und Verständnis der Beiträge“ fördert<sup>17</sup>. Leider konnte dieser vage Appell in Warschau nicht weiter konkretisiert werden. Die Entscheidung sieht vor, bei der nächsten Klimakonferenz Ende 2014 in Lima die Begleitinformationen zu bestimmen, die mit den vorläufigen Minderungszusagen anzugeben sind<sup>18</sup>. Eine Entscheidung erst in Lima kommt allerdings zu spät, um noch Druck auf die nationalen Konsultationsprozesse in der Vorbereitung der Minderungsbeiträge ausüben zu können. Die Co-Vorsitzenden der ADP haben die Freiheit, Workshops zu relevanten Themen zu organisieren. Diese Möglichkeit sollten sie nutzen, um bereits vor Lima deutlich zu machen, welche Informationen die Länder bei ihren Klimaschutzzusagen liefern sollen<sup>19</sup>.

#### **Offene W-Fragen zum neuen Abkommen**

- Wie kann sichergestellt werden, dass die Beiträge in der Summe ausreichen, um das Zwei-Grad-Limit einzuhalten?
- Was ist ein gerechter Beitrag einzelner Länder zum globalen Klimaschutz?
- Wie erfolgt die Differenzierung der Beiträge?
- Wie können die Beiträge im neuen Abkommen transparent und vergleichbar gemacht werden?
- Wie rechtlich verbindlich werden sie sein?

---

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Im Rahmen des Kopenhagen-Akkords hat beispielsweise Brasilien nationale Emissionsminderungen angegeben, die über den CDM erzielt worden waren. Diese können sich Industrieländer, die über den CDM Emissionszertifikate kaufen, ebenfalls anrechnen..

<sup>17</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 2 (b).

<sup>18</sup> Ebd., Para 2 (c).

<sup>19</sup> Ebd., Para 4 (a).

### Kriterien zur Untersuchung der vorgelegten Minderungszusagen

Viele Akteure fordern einen zweistufigen Ansatz, damit die vorläufigen Minderungszusagen zunächst nach Gerechtigkeits- und Ambitionskriterien verglichen und anschließend verbessert werden können. Dieser Mechanismus würde das neue 2015er-Klimaregime von einem reinen „bottom-up“-Ansatz, wie er in Kopenhagen und Cancún entstanden ist, unterscheiden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der „bottom-up“-Ansatz, bei dem Länder auf nationaler Ebene Ziele festlegen und diese auf internationaler Ebene lediglich mitteilen, für das Einhalten des Zwei-Grad-Limits nicht ausreicht. Leider lieferte die Konferenz in Warschau in diesem Bereich am wenigsten Klarheit. Positiv ist, dass zumindest implizit alle Staaten einem Zwei-Stufen-Modell zugestimmt haben. Dies lässt sich daraus ableiten, dass die Klimaschutzbeiträge nur „vorläufig“ und die Informationen vergleichbar sein sollen<sup>20</sup> – es soll also nach dem Vorlegen erster Beiträge scheinbar ein zweiter Schritt des Vergleichens folgen.

Alle Versuche, Kriterien hierfür im Text zu verankern, etwa Elemente der Gerechtigkeit, sind fehlgeschlagen. Allerdings nehmen die Schlussfolgerungen der ADP positiv auf die erste periodische Überprüfung („2013-2015 Review“) Bezug<sup>21</sup>. Im Rahmen dieser Überprüfung wird derzeit die Angemessenheit des Zwei-Grad-Limits überprüft – sie stellt damit das Einfallstor der Wissenschaft in die Klimaverhandlungen dar (siehe Kapitel 2.6).

Damit ist es weiterhin möglich, dass die vorläufigen Klimaziele vor Einschreiben in ein 2015er-Abkommen begutachtet und wenn nötig verbessert werden. Wichtig ist, dass in Lima eine offizielle Entscheidung darüber fällt. Auch hier sollten die Co-Vorsitzenden während der ADP-Zwischenverhandlungen im kommenden Jahr die Möglichkeit nutzen, mit Workshops das Verständnis für die Notwendigkeit einer solchen Begutachtung zu erhöhen.

#### Klimagerechtigkeit

Um das Versteckspiel der Vertragsstaaten im Vorfeld der jeweiligen Zusagen aufzulösen, fordern Germanwatch und das Climate Action Network (CAN), einen Gerechtigkeitsansatz im 2015er-Abkommen zu verankern. Auf den Prinzipien der Klimarahmenkonvention aufbauende Gerechtigkeitsindikatoren sollen den Ländern dabei helfen, gerechte Zusagen für ihre Emissionsreduktions- und Finanzierungsziele zu formulieren. So können die Ziele anhand der Indikatoren einem Gerechtigkeits-Check unterzogen und daraufhin ggf. erhöht werden. Die Gerechtigkeitsindikatoren sind: wissenschaftliche Angemessenheit, Verantwortung, Kapazität, Bedarf an Anpassung und Bedarf an Entwicklung.

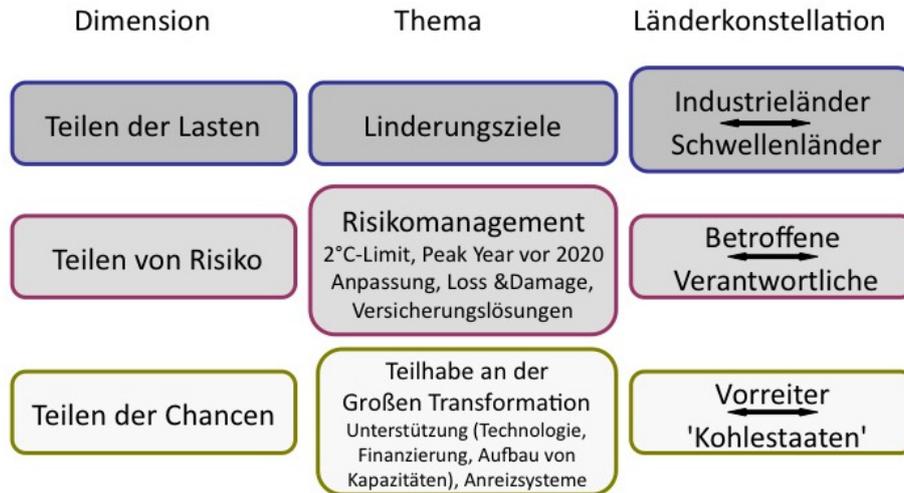
Germanwatch und CAN forderten in Warschau einen ersten Beschluss zum Prozess eines solchen Gerechtigkeits-Checks mit vorheriger Festlegung der Indikatoren. Zunächst waren im ADP-Verhandlungstext immerhin ein Workshop zum Thema Gerechtigkeit sowie ein Zeitplan für das Kommunizieren, Überprüfen und Erhöhen der Ziele, der einen rechtzeitigen Gerechtigkeits-Check ermöglicht hätte, vorgesehen. Über diese Vorschläge konnte aber am Ende keine Einigung erzielt werden.

Germanwatch rät nach der Warschauer COP 19 umso mehr zu einem dreidimensionalen Gerechtigkeitsansatz, der das Teilen von Anstrengungen, Chancen und Risiken gleichermaßen berücksichtigt (s. Abbildung 1): Nur wenn Anstrengungen und Chancen gerecht

<sup>20</sup> Ebd., Para 2 (b).

<sup>21</sup> Conclusions proposed by the Co-Chairs as adopted by the ADP, Para 5.

zwischen Industrie- und Schwellenländern geteilt werden und Verursacher Verantwortung für die klimawandelbedingten Risiken der Betroffenen übernehmen, kann der UNFCCC-Prozess ein neues Abkommen mit der nötigen Ambition hervorbringen, um einen gefährlichen Klimawandel abwenden zu können. So würden alle Staaten in die Transformation zu einer dekarbonisierten Gesellschaft eingebunden.<sup>22</sup>



**Abbildung 1: Dimensionen der Klimagerechtigkeit**

In Warschau argumentierten einzelne VerhandlerInnen der Allianz lateinamerikanischer Länder (AILAC), dass Diskussionen über Gerechtigkeitsindikatoren zwar wichtig seien, sie aber nicht dazu führen dürften, Klimaschutzanstrengungen aufzuschieben. So sei ambitionierter Klimaschutz im eigenen Land erstens notwendig und zweitens mit vielen Chancen verbunden – unabhängig vom Ausgang der Diskussionen über Gerechtigkeitsindikatoren und von den Aktivitäten anderer Staaten. Die Frage ist nun, ob sich Länder wie die EU-Staaten von einer solchen Sichtweise inspirieren lassen.

### Verhandlungsplan inklusive Einbindung von Regierungschefs und Ministerebene

Es ist klar, dass die Vertragsstaaten jetzt in wesentlich höherer Taktfrequenz über das angestrebte neue Klimaabkommen verhandeln müssen. Die Erfahrung aus Kopenhagen zeigt aber auch, dass sich die technischen VerhandlerInnen ohne politische Richtungsweisung verrennen. Daher ist jetzt, da die internationale Staatengemeinschaft auf die Zielgerade in Richtung Abkommen einbiegt, politische Führung besonders wichtig.

Der wichtigste politische Meilenstein wird der Klimasondertreffen der Regierungschefs am 23. September 2014 in New York sein, der explizit als Referenzpunkt in die ADP-Entscheidung eingefügt wurde<sup>23</sup>. Ebenso entschieden die VerhandlerInnen in Warschau, die ministerielle Ebene sowohl bei den Zwischenverhandlungen in Bonn (Juni 2014) als auch bei der Konferenz in Lima (Dezember 2014) einzubinden. Die Zwischenverhandlungen

<sup>22</sup> Eine ausführlichere Diskussion des dreidimensionalen Gerechtigkeitsansatzes kann dem Kapitel 2.2 des Hintergrundpapiers „Kreft, S. & C. Bals (2013): Warschau, Lima, Paris – Im Dreisprung zum Klimaabkommen. Ausblick auf den Klimagipfel COP 19 in Warschau“ entnommen werden.

<sup>23</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 6.

gen in Bonn finden zeitgleich mit einem bereits bei der Klimakonferenz in Doha 2012 vereinbarten Ministertreffen statt, bei dem die Kyoto-Staaten ihre Ambitionen bis 2020 erhöhen sollen. Die Entscheidung von Warschau weitet dieses Treffen auf Minister aus allen Staaten aus und eröffnet die so Möglichkeit, beim Thema Kurzfristambition im größeren Rahmen politische Fortschritte zu erzielen.

Es wird zwei zusätzliche Treffen der ADP vor Lima geben, das erste wird vom 10. bis 14. März in Bonn stattfinden.

Ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Verhandlungen ist der Freiraum, den die VerhandlerInnen den Co-Vorsitzenden einräumen. Der Kopenhagener Gipfel scheiterte auch deswegen, weil die Delegierten der Entwicklungsländer dem damaligen Vorsitzenden das Vertrauen entzogen und dieser deswegen keine Möglichkeit hatte, den Regierungschefs einen vereinfachten Vertragstext vorzulegen. Trotz teilweise hitziger Diskussionen während der Verhandlungen in Warschau leiteten die Vorsitzenden Kishan Kumarsingh (Trinidad and Tobago) and Artur Runge-Metzger (EU) die Verhandlungen mit Humor, Bestimmtheit und Flexibilität. In Warschau wurde so die aktive Rolle der Co-Vorsitzenden von allen anerkannt, was ein erfreuliches Signal ist.

### **Weg zum Vertragstext des 2015er-Abkommens**

In den letzten zwei Jahren diskutierten die Vertragsstaaten die rechtliche Ausgestaltung des 2015er-Abkommens zwar nur unverbindlich, sie näherten sich dabei aber etwas an (der Zwei-Stufen-Ansatz stellt einen ersten sich abzeichnenden Kompromiss dar). Bei den Klimakonferenzen in Doha und in Warschau beschlossen die Vertragsstaaten, die ersten Elemente eines Vertragstexts in Lima auf den Tisch zu legen und den finalen Verhandlungstext mindestens ein halbes Jahr vor der Konferenz in Paris fertig zu stellen<sup>24</sup>. In Warschau sollte ein „Gangwechsel“ im Verhandlungsmodus gelingen – weg vom Ideenaustausch in Workshops hin zu echten Verhandlungen über einen Vertragstext.

Die Staaten konnten während der ersten Verhandlungswoche Themen benennen, die das 2015er-Abkommen abdecken soll. Die Co-Vorsitzenden starteten den Versuch, durch diese erste vorläufige Liste von Themen die Diskussionen um den Inhalt des Abkommens auf ein neues Niveau zu heben. Diesen Versuch blockierten allerdings die Schwellenländer. Sie machen ihre Bereitschaft, in den Vertragstext einzusteigen, von der Kurzfristambition der Industrieländer abhängig. Die Vertragsstaaten einigten sich auf den Kompromiss, in der ersten Runde der ADP-Zwischenverhandlung im März 2014 erste Elemente eines Verhandlungstexts mit den Themen Minderung, Anpassung, Finanzierung, Technologie, Kapazitätsbildung und Transparenz von Minderungsmaßnahmen und Klimafinanzierung zu erarbeiten<sup>25</sup>. Hier sind also konkrete Vorschläge gefordert, wobei Dopplungen der Debatten verhindert werden sollten und eine gute Durchlässigkeit zu den Verhandlungen in den Nebenorganen und in den Kooperationsinstitutionen aus der Cancún-Übereinkunft („Adaptation Committee“ [AC], „Standing Committee on Finance“ [SCF], „Technology Mechanism“) hergestellt werden sollte.

---

<sup>24</sup> Ebd., Präambel Para 8.

<sup>25</sup> Ebd., Para 2 (a).

### **Erhöhen bisheriger Klimaziele**

In Warschau wurden Länder, die bislang keine Klimaschutzziele eingereicht haben, aufgefordert, dies nachzuholen. Die Industrieländer sollen ihre bereits vorgelegten Verpflichtungen umsetzen und überprüfen, ob die Ziele angehoben werden können. Für die Industrieländer, die sich an der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls beteiligen, wird dazu auf den 2011 in Durban vereinbarten Zeitplan verwiesen, nach dem sie bis April 2014 Vorschläge für höhere Ziele vorlegen sollen, die im Juni auf dem Ministertreffen in Bonn diskutiert werden sollen. Diejenigen, die einen Zielkorridor festgelegt und das Erhöhen ihrer Ziele an Bedingungen geknüpft haben (etwa die, dass andere Staaten ebenfalls mehr unternehmen sollen), sind dazu aufgefordert, diese Bedingungen zu überprüfen und wenn möglich fallen zu lassen. Entwicklungsländer sollen ebenfalls ihre klimapolitischen Aktivitäten (beispielsweise nationale Klimaschutzziele, Ziele für einzelne Sektoren oder einzelne Programme und Projekte) umsetzen und verstärken, sofern sie die dafür nötige finanzielle und technologische Unterstützung erhalten<sup>26</sup>. Die Klimaschutzanstrengungen sollen auf der UNFCCC-Website einfacher und transparenter präsentiert werden.<sup>27</sup>

### **Ausbau der UNFCCC zu einer konkreten Kooperationsplattform**

Die Vertragsstaaten vereinbarten außerdem ein technisches Arbeitsprogramm, das Möglichkeiten für zusätzliche Emissionsminderungen identifizieren soll, insbesondere solche, die gleichzeitig einen Anpassungs- und/oder Entwicklungsnutzen bringen<sup>28</sup>. Dieses Verfahren greift einen Vorschlag der AOSIS-Gruppe auf, die ursprünglich vorgeschlagen hatte, diese Arbeit auf die Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fokussieren. Das Arbeitsprogramm sieht vor, dass Staaten und Beobachterorganisationen ihre Vorschläge und Analysen einreichen und parallel zu den Treffen der ADP technische Expertentreffen stattfinden sollen. Auf dieser Grundlage soll das UNFCCC-Sekretariat sein bereits vorliegendes Papier zu zusätzlichen Minderungsoptionen fortlaufend aktualisieren<sup>29</sup>. Letztlich soll eine Übersicht über Politiken, Praktiken und Technologien, die von den Staaten und anderen Akteuren auf freiwilliger Basis umgesetzt werden können, entstehen. Es ist allerdings noch unklar, wie es gelingen soll, diese Liste in konkrete Vereinbarungen und Aktivitäten zu übersetzen. Immerhin vereinbarten die Vertragsstaaten, wie angesprochen, das bereits für Juni 2014 geplante Kyoto-Ministertreffen auf alle Staaten auszuweiten<sup>30</sup>. Bei diesem Treffen werden Möglichkeiten für zusätzlichen Klimaschutz und Ankündigungen, einzeln oder gemeinsam entsprechende Maßnahmen umzusetzen, eine wichtige Rolle spielen.

Die Staaten wollen sich außerdem verstärkt darüber austauschen, wie Städte und Regionen stärker zum Klimaschutz beitragen können. Dazu soll ebenfalls im Juni 2014 ein Forum in Bonn stattfinden<sup>31</sup>.

---

<sup>26</sup> Ebd., Para 4.

<sup>27</sup> Conclusions proposed by the Co-Chairs as adopted by the ADP, Para 4 (b).

<sup>28</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 5 (a).

<sup>29</sup> Conclusions proposed by the Co-Chairs as adopted by the ADP, Paras 3, 4 (c) (i) und (ii). Die aktuelle Fassung des technischen Papiers ist unter FCCC/TP/2013/8 und den zugehörigen Add.1 und Add.2 zu finden.

<sup>30</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform, Para 7.

<sup>31</sup> Ebd., Para 5(b); Conclusions proposed by the Co-Chairs as adopted by the ADP, Para 4 (d).

### **Beitrag anderer multilateraler Prozesse und internationaler Initiativen zum Klimaschutz**

Zwei Themen, die vor der Warschauer Konferenz stark diskutiert wurden, spielten während der Verhandlungen nur eine geringe Rolle: der Beitrag anderer internationaler Regime zum Klimaschutz und die Rolle sogenannter internationaler kooperativer Initiativen einschließlich Vorreiterkoalitionen. Eine Reihe von Staaten setzte sich dafür ein, die Vertragsparteien des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht offiziell dazu zu ermutigen, Fluorkohlenwasserstoffe (FKWs, engl. HFCs) zu regulieren. FKWs sind sehr wirksame Treibhausgase, die eingeführt wurden, um die ozonschädlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) zu ersetzen. Auch wenn FKWs keine ozonschädlichen Substanzen sind, so böte das Montrealer Protokoll doch das richtige Instrumentarium zu ihrer Abschaffung. Das Vorhaben scheiterte aber am Widerstand einzelner Staaten, insbesondere Indiens und mehrerer Golfstaaten. Auch eine nicht verbindliche Deklaration, die am Rande des Gipfels nur von den Staaten unterzeichnet worden wäre, die einen FKW-Ausstieg über das Montrealer Protokoll unterstützen, kam nicht zustande.

Initiativen der internationalen Zusammenarbeit tauchen im Beschlusstext ebenfalls nicht auf. Mit diesem im Vorfeld der COP viel diskutierten Begriff sind die Vielzahl von Dialogen, Foren, Clubs und Initiativen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gemeint, die außerhalb der UNFCCC und in unterschiedlicher Zusammensetzung an Klima- und Energiefragen arbeiten. Hierzu gab es weder offizielle Beschlüsse, noch wurden neue Vorreiterallianzen am Rande des Gipfels angekündigt. In Anbetracht der langsamen Fortschritte in diesem Verhandlungsstrang kann aber davon ausgegangen werden, dass auch 2014 wieder über diese Initiativen und Allianzen diskutiert werden wird.

#### **Die Rolle des Gastgebers Polen – den Bock zum Gärtner machen**

Polen, der Gastgeber der diesjährigen Klimakonferenz, hat berechtigterweise viel Kritik auf sich gezogen. Klimaschutz hat im Transformationsland Polen bis jetzt keine politische Priorität. Im politischen Diskurs Polens war die globale Erwärmung bis vor wenigen Jahren nicht existent. Seit den Klimagipfeln von Poznan (2008) und Kopenhagen (2009) ist Polens Medienlandschaft und Politik vor allem durch klimawandelskeptisches Denken geprägt, ein typisches Phänomen in ehemals sozialistisch regierten Ländern. Die hohe historisch bedingte Abhängigkeit des Landes von Verstromung vor allem heimischer Kohle gilt in Polen als Wettbewerbsvorteil und als wichtiger Baustein für die Unabhängigkeit von Russland. Da trotz relativ erfolgreich gemanagter Transformation das Vertrauen in die eigene Innovationskraft schwach ist, glauben nur wenige polnische Entscheidungsträger und Multiplikatoren an die Möglichkeit eines fortgesetzten schnellen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Umstieg auf eine kohlenstoffarme Wirtschaftsweise.

Umweltminister Marcin Korolec hatte die Bewerbung Polens für die Ausrichtung des Klimagipfels 2013 auch damit begründet, dass man damit in Polen das Wissen über den Klimawandel vorantreiben wolle. Inwieweit das geglückt ist, muss noch analysiert werden. Die polnischen Medien berichteten eher verhalten über den Gipfel, auch weil nur ein paar wenige polnische Journalisten ausreichend verstanden, was auf den Verhandlungen passierte. Dafür berichteten die Medien in vielen Ländern umso intensiver über Polens Bremsrolle beim Klimaschutz.

Polen hat in den letzten drei Jahren alleine oder mit Verbündeten die EU-Klimapolitik effektiv torpediert. Beispiele sind hier die längst überfällige Anhebung des Klimaschutzziels für 2020 und das Schaffen von Möglichkeiten, die Emissionsziele für 2050 kostengünstig zu erreichen. Beides blockierte Polen im Umweltministerrat 2011 und 2012. Das Land wehrt

sich außerdem gegen eine Strukturreform des EU-Emissionshandels und hat zusammen mit Deutschland sogar das sogenannte „Backloading“<sup>32</sup> als Minimalkompromiss verzögert. Beim jüngsten Streit um strengere CO<sub>2</sub>-Effizienzstandards für Autos verbündete sich Polen schlussendlich gegen die Interessen der eigenen eher auf Mittelklasseautos spezialisierten Autoindustrie mit Deutschland, um die Vorlage der EU-Kommission zu verwässern. Die Regierung hatte zunächst für die strengere Regulierung gestimmt. Als jedoch Angela Merkel zum Telefonhörer griff und in Brüssel Druck für eine Aufweichung der Standards machte, erkannte Polens Regierungschef Donald Tusk die politische Chance und stellte sich auf die Seite Deutschlands.

Darüber hinaus will Polen über Klimaschutzziele der EU für 2030 erst nach Verabschieden des 2015er-Abkommens reden und lehnt EU-Ziele für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für mehr Energieeffizienz strikt ab. Auf nationaler Ebene setzt Polen EU-Klima- und Energierecht nicht oder nur stark verzögert um. Polen schwächt auch direkt die Verhandlungsposition der EU in der UNFCCC. So konnte die EU auf Drängen Polens beim Gipfel in Warschau nicht offensiv dafür einstehen, dass die Länder ihre Klimaschutzziele bereits 2014 veröffentlichen sollen, sondern musste stets die Kompromissformel „lange vor der Klimaschutzkonferenz 2015“ wählen. Die klimapolitische Haltung Polens drückte sich auch in einer insgesamt kontraproduktiven Leitung des Klimagipfels aus – auch wenn dieser logistisch und prozedural gut organisiert war:

**Keine klare Trennung der Rollen:** EntwicklungsländervertreterInnen hatten im Verlauf der Konferenz wenig Vertrauen in die Neutralität der Präsidentschaft. Teilweise traten polnische Vertreter gleichzeitig als COP-Präsidentschaft, Vorsitzende des Subsidiary Body for Implementation (SBI) und polnische EU-Repräsentanten auf. So warb beispielsweise die COP-Präsidentschaft sehr deutlich für die internationale Verwendung von umstrittenen Offset-Zertifikaten.

**Legitimationsversuch für Kohle und fossile Industrien:** Sowohl beim ministeriellen Vortreffen im Oktober als auch durch den gleichzeitig zur COP stattfindenden Kohle- und Klimagipfel versuchte Polen, fossile Industrien klimapolitisch zu legitimieren. Dieser Versuch darf allerdings als gescheitert angesehen werden, da der Protest von NRO und Wissenschaftlern die Berichterstattung stärker prägte als der Kohlegipfel selbst.

**„Capture“ der Konferenz durch fossile Industrien:** Durch Sponsoringverträge, u. a. mit ArcelorMittal, Polska Grupa Energetyczna oder International Paper, gab Polen fossilen Industrien in einem bisher nicht erfahrenen Ausmaß bei der Klimakonferenz die Möglichkeit zum „Greenwash-Sponsoring“.

**Absetzen des Umweltministers während der COP:** Marcin Korolec, polnischer Umweltminister und COP-Präsident, wurde während der COP als Minister abgesetzt. Sein Nachfolger Maciej Grabowski sagte bezeichnenderweise in seinem ersten Statement, dass Schiefergasförderung für die polnische Regierung nun höchste Priorität besitze. Dieses Absetzen führte mit zum NRO-„Walk-out“. Die COP-Präsidentschaft während der Konferenz so zu schwächen, kann nur als Missachtung der Bedeutung des UNFCCC-Prozesses durch Ministerpräsident Tusk gedeutet werden.

<sup>32</sup> „Backloading“: zeitweise Rückhaltung von Emissionszertifikaten zur Preisstützung.

## 2.2 Klimafinanzierung: Ein Schrittchen nach vorne

Im Vorfeld der diesjährigen Klimakonferenz hieß es, dass dies eine „Finanzierungs-COP“ werden sollte. Passend war es daher, dass – wie auch in den letzten Jahren – die Entscheidung zur Klimafinanzierung Teil des Endpakets kritischer Entscheidungen, über das bis zum letzten Verhandlungstag noch kontrovers diskutiert wurde, war. Die drei wichtigsten Punkte für Entwicklungsländer und viele NRO waren ein Aufwuchspfad für die internationale Klimafinanzierung, Zusagen zur Bereitstellung finanzieller Mittel für den GCF im nächsten Jahr sowie Zusagen für den Anpassungsfonds.

### Langfristfinanzierung

Die Frage, wie es nach dem Ende der Schnellstartfinanzierung – in der sich Industrieländer verpflichtet hatten, zwischen 2010 und 2012 gemeinsam 30 Milliarden US-Dollar bereitzustellen<sup>33</sup> – mit der Klimafinanzierung weitergeht, war ein wichtiger Punkt bei den Verhandlungen in Warschau. Denn der Weg hin zu den ab 2020 jährlich zu mobilisierenden 100 Milliarden US-Dollar<sup>34</sup> ist weiterhin unklar. Die Gruppe der G77 und China schlug daher vor, in einem Zwischenschritt ab 2016 mindestens 70 Milliarden US-Dollar jährlich zur Verfügung zu stellen<sup>35</sup>. Ebenso forderten sie von den Industrieländern, 2014 ihren Aufwuchspfad hin zu den 100 Milliarden US-Dollar vorzulegen<sup>36</sup>.

Die Entscheidung von Warschau brachte zwar keinen Aufwuchspfad oder konkreten Prozess hervor. Industrieländer wurden aber dringend aufgefordert, kontinuierlich öffentliche Klimagelder in ansteigender Höhe zu mobilisieren, um das Ziel, 100 Milliarden US-Dollar jährlich bereitzustellen, erreichen zu können<sup>37</sup>. Besonders wichtig sind hierbei die Begriffe „Kontinuität“, „öffentliche Klimagelder“ und „ansteigende Höhe“<sup>38</sup>, denn dies bedeutet, dass es zu einem Anstieg der öffentlichen Mittel kommen soll. Wenngleich private Mittel auch dringend notwendig sind, um die Transformation in Gang zu setzen, sind öffentliche Mittel wichtig, um diese privaten Investitionen anzustoßen. Ebenso sind öffentliche Mittel in den Bereichen dringend notwendig, die für private Investitionen weniger attraktiv sind, wie beispielsweise Anpassungsmaßnahmen oder auch Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in den am wenigsten entwickelten Ländern. So fordert die COP-Entscheidung auch Industrieländer dazu auf, einen substantiellen Anteil öffentlicher Mittel für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen<sup>39</sup>.

Für die Kontinuität der internationalen Klimafinanzierung war es ein wichtiges Signal, dass einige Industrieländer ankündigten, welche Mittel sie im nächsten Jahr (und teilweise in den darauffolgenden Jahren) bereitstellen wollen. Der deutsche Umweltminister Peter Altmaier sagte während des High-Level-Ministerdialogs, dass Deutschland noch in diesem Jahr mindestens 30 Millionen Euro für den Anpassungsfonds bereitstellen werde und dass er davon ausgehe, dass Deutschland im Jahr 2014 Mittel in der gleichen Höhe wie 2013 für die internationale Klimafinanzierung zur Verfügung stellen werde (1,8 Milliarden Euro).

<sup>33</sup> FCCC/CP/2010/7/Add.1; Decision 1/CP.16, Para 95.

<sup>34</sup> Ebd., Para 98.

<sup>35</sup> Draft Decision on Long Term Financing under the Convention by G77 and China.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Submissions from Parties to the COP and CMP.

<sup>38</sup> Übersetzt durch die Autoren.

<sup>39</sup> Submissions from Parties to the COP and CMP.

Des Weiteren sollen sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer ihren Rechts- und Regulierungsrahmen (die sogenannten „Enabling Environments“) verbessern, um das Mobilisieren und das effektive Verwenden von Klimafinanzierungsmitteln zu erleichtern<sup>40</sup>.

In Bezug auf den weiteren Prozess wurden drei verschiedene Schritte beschlossen. Erstens: Industrieländer sollen zwischen 2014 und 2020 alle zwei Jahre Submissionen zu ihren aktualisierten Strategien und Ansätzen für den Aufwuchs von Klimafinanzierung einreichen<sup>41</sup>. Auch bei der COP 18 in Doha waren Industrieländer eingeladen worden, solche Submissionen einzureichen; diese blieben jedoch teilweise recht vage<sup>42</sup>. Es besteht aber aus zwei Gründen Hoffnung, dass die nächsten Submissionen konkreter werden: zum einen, weil die COP 19 klar definiert, welche Punkte die Submissionen beinhalten sollen<sup>43</sup>, und zum anderen, weil die Industrieländer in diesem Jahr explizit zum Einreichen einer Submission aufgefordert und nicht nur dazu „eingeladen“ wurden. Zweitens: Zwischen 2014 und 2020 sollen Workshops zu Langfristfinanzierung durchgeführt werden<sup>44</sup>. Drittens: Alle zwei Jahre soll ein High-Level-Ministerdialog zu Klimafinanzierung stattfinden (mit dem ersten in 2014 und dem letzten in 2020)<sup>45</sup>.

### **Green Climate Fund (GCF)**

In Warschau diskutierten die Delegierten über die erste Ausstattung des GCF mit finanziellen Mitteln. Wenngleich in der COP-Entscheidung eine klare Zahl fehlt, schreibt diese eine signifikante Höhe der bereitgestellten Mittel vor, die die Bedarfe und Herausforderungen von Entwicklungsländern beim Adressieren des Klimawandels reflektiert<sup>46</sup>. Der GCF-Vorstand soll so schnell wie möglich die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit die Mittel empfangen und vergeben werden können und ein formeller Wiederauffüllungsprozess eingeleitet werden kann<sup>47</sup>. Bei der COP 20 in Lima soll der Prozess für das anfängliche Mobilisieren von Mitteln vorbereitet werden, weshalb die Entscheidung von Warschau ambitionierte und frühzeitige Zusagen von Industrieländern und weitere Mittel aus öffentlichen, privaten und alternativen Finanzquellen vorsieht<sup>48</sup>.

Der GCF-Vorstand soll außerdem eine Balance zwischen den Mitteln für Anpassung und Minderung anstreben, wobei bei der Anpassung insbesondere die Bedarfe der besonders verletzlichen Länder berücksichtigt werden sollen<sup>49</sup>.

Ein weiterer Agendapunkt war die Annahme der Vereinbarungen zwischen COP und GCF durch die COP. Die Vereinbarungen waren vorher vom SCF und dem GCF-Vorstand erarbeitet und von letzterem bereits angenommen worden. Durch die Annahme durch die COP traten diese Vereinbarungen nun in Kraft<sup>50</sup>.

---

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Die Submissionen von Industrieländern sind zu finden unter: [unfccc.int/documentation/submissions\\_from\\_parties/items/5916.php](http://unfccc.int/documentation/submissions_from_parties/items/5916.php)

<sup>43</sup> FCCC/CP/2012/8/Add.1; Decision 1/CP.18, Para 67.

<sup>44</sup> Submissions from Parties to the COP and CMP.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Decision -/CP.19; Report of the Green Climate Fund to the Conference of the Parties and guidance to the Green Climate Fund.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Decision -/CP.19: Arrangements between the Conference of the Parties and the Green Climate Fund, Para 4.

### Anpassungsfonds

In Anbetracht der großen finanziellen Schwierigkeiten des Anpassungsfonds, dessen Haupteinnahmequelle durch den geringen Preis der CO<sub>2</sub>-Zertifikate beim CDM nahezu versiegt ist, sind Zusagen von Industrieländern für den Fonds dringend notwendig. Der Vorstand hatte im März 2012 das Ziel ausgerufen, bis Ende 2013 100 Millionen US-Dollar für den Fonds zu sammeln. Bereits vor der COP in Warschau hatte Schweden 200 Millionen Schwedische Kronen und die Region Brüssel-Hauptstadt 1,2 Millionen Euro in den Fonds eingezahlt<sup>51</sup>. Zudem kündigten zahlreiche Industrieländer weitere Zusagen an, so dass das Fundraising-Ziel nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen werden kann.

**Tabelle 1: Zusagen für den Anpassungsfonds bei der COP19<sup>52</sup>**

Land	Zusage (in Mio. Landeswährung)	Zusage (in Mio. USD)
Belgien und Regionen	3,25 EUR	4,4
Region Brüssel*	1,19 EUR	1,6
Deutschland	30 EUR	41,0
Finnland	5 EUR	6,8
Frankreich	5 EUR	6,8
Norwegen	15 NOK	2,4
Österreich	0,5 EUR	0,7
Schweden*	200 SEK	30,4
Schweiz	10 CHF	11,1
<b>Gesamt</b>		<b>105,2</b>

\* = bereits vor COP 19 zugesagt

Obwohl dies ein wichtiges politisches Signal an die Entwicklungsländer darstellt, dürfen sich die Industriestaaten nicht auf ihren Zusagen ausruhen. Die finanzielle Situation des Anpassungsfonds bleibt auch weiterhin angespannt, da das frische Geld gerade einmal ausreicht, um fünf von acht bereits bewilligten Projekten, die bislang in einer „Pipeline“ auf zusätzliche Fördermittel warten, zu finanzieren und umzusetzen. Von einer „Rettung“ des Anpassungsfonds kann somit noch keine Rede sein.

Im Rahmen der zweiten Überprüfung des Fonds, die bis zum Klimagipfel in Lima 2014 abgeschlossen sein soll, wird nun – wie von zahlreichen Entwicklungsländern in Warschau gefordert – untersucht, wie die Einnahmequellen des Fonds diversifiziert werden können, um kontinuierliche, vorhersehbare und angemessene Finanzressourcen und einen effektiven Betrieb des Fonds zu gewährleisten.

<sup>51</sup> Adaptation Fund (2013): The Adaptation Fund Surpasses \$100 Million Fundraising Target at COP19.

<sup>52</sup> Ebd.

### **Standing Committee on Finance (SCF)**

Das SCF wurde in Warschau erneut mit verschiedenen Aufgaben betraut. So soll sich das Komitee noch stärker mit der Messung, Berichterstattung und Verifizierung (MRV) finanzieller Unterstützung beschäftigen. Dies soll über die zweijährliche Beurteilung („Biennial Assessment“) und das Erstellen einer Übersicht über Klimafinanzströme, die ebenfalls erstmals für 2014 vorgesehen sind, hinausgehen<sup>53</sup>. Weitere Aufgaben des SCF bestehen darin, wissenschaftliche Arbeiten zur Definition von Klima- und privater Finanzierung auszuwerten und zu analysieren, wie Klimafinanzierungsmittel am effektivsten den Bedarf an Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen decken können<sup>54</sup>. Im Rahmen seines Mandats, die COP bei der Umsetzung des Finanzmechanismus zu unterstützen und die Koordination und Kohärenz der Klimafinanzierung zu verbessern, soll sich das SCF zudem mit Fragen rund um die Finanzierung von Waldschutz auseinandersetzen<sup>55</sup>.

Das Arbeitspaket, das die COP in Warschau an das SCF übertragen hat, umfasst damit viele für die Klimafinanzierung wichtige Aspekte. Dies gilt insbesondere für die Definition von „privater Finanzierung“ und ihren Beitrag zum Erfüllen der Verpflichtung, 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz bereitzustellen, sowie für das einheitliche und verifizierbare Offenlegen geleisteter Unterstützungszahlungen für Maßnahmen zu Anpassung und Minderung. Es muss jedoch genau überprüft werden, ob das SCF bei nur drei ursprünglich geplanten Treffen im Jahr 2014 in der Lage ist, sein umfangreiches Mandat tatsächlich effektiv zu erfüllen.

### **2.3 „Loss and Damage“: Geburt des Warschau-Mechanismus**

Nach der Grundsatzentscheidung zu „Loss and Damage“ (klimawandelbedingte Verluste und Schäden) in Doha 2012 war der Verhandlungsbereich auch in Warschau wieder ein Thema für die höchste politische Ebene der COP. Nach Einigung zur ADP und zur Finanzierung mussten hierzu im Abschlussplenum noch Kompromisse gefunden werden.

Die Entwicklungsländer setzten sich mit ihrer Forderung nach einem „Internationalen Warschau-Mechanismus“ durch<sup>56</sup>. Der Mechanismus wird das Thema in den kommenden Jahren vorantreiben und Wissensmanagement betreiben, die Koordinierung (u.a. in den Bereichen Katastrophenvorsorge, humanitäre Intervention und Anpassung) fördern und im Rahmen der UNFCCC Möglichkeiten zur Unterstützung für Entwicklungsländer bei „Loss and Damage“ ausloten.

Der Mechanismus besteht aus einem Beirat, dem in einer Übergangsphase zunächst Mitglieder anderer Gremien unter der UNFCCC angehören. In Lima soll dann abschließend über die Mitgliedschaft entschieden werden, und der Mechanismus soll seinen ersten Arbeitsplan vorstellen. 2016 soll dann untersucht werden, ob es notwendig ist, das Mandat zu erweitern. Streitpunkt war lange Zeit, ob der Mechanismus unter dem Thema Anpassung angesiedelt oder ob ein dritter Bereich („Mitigation“, „Adaptation“, „Loss and Damage“)

---

<sup>53</sup> Decision -/CP.19: Arrangements between the Conference of the Parties and the Green Climate Fund, Para 9.

<sup>54</sup> Submissions from Parties to the COP and CMP.

<sup>55</sup> Decision -/CP.19: Arrangements between the Conference of the Parties and the Green Climate Fund, Para 11.

<sup>56</sup> Decision -/CP.19; Warsaw international mechanism for loss and damage associated with climate change impacts.

unterhalb der Konvention aufgebaut werden soll. Die VerhandlerInnen einigten sich darauf, den Mechanismus zeitlich begrenzt als Teil des Cancún-Anpassungsrahmenwerks zu definieren und damit den positiven Beitrag anzuerkennen, den Risikomanagement und Anpassung beim Adressieren klimawandelbedingter Schäden leisten können. Klar ist aber auch, dass Anpassung nicht alle Themen abdecken kann und der Bereich „Loss and Damage“ im Klimaregime langfristig ausgebaut werden muss. In gleicher Richtung muss man die Sprachregelung deuten, dass der Mechanismus komplementär zum Anpassungskomitee funktionieren soll.

Es ist zu begrüßen, dass nun eine aktive Gruppe das Thema „Loss and Damage“ und damit ein großräumiges Risikomanagement technisch voranbringen kann. Dabei sollte sie sich unter anderem mit Versicherungslösungen, Frühwarnsystemen bezüglich Kipppunkten im Klimasystem, systemischen (kaskadischen) Klimarisiken, Auswirkungen von „Loss and Damage“ auf das internationale System sowie klimawandelbedingter Migration beschäftigen, Debatten über die Definition nationaler Selbsthilfekraft voranbringen und die Rolle von Solidaritätsmechanismen in Zeiten zunehmender Klimakatastrophen stärken<sup>57</sup>.

Es ist anzunehmen, dass Schadensersatzlösungen immer stärker von vulnerablen Ländern gefordert werden, je weniger Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Verhandlungen im Jahr 2015 werden darüber bestimmen, welches Schadenmaß besonders verletzte Länder (genauso wie andere Länder) in Zukunft erwarten müssen. Daher ist davon auszugehen, dass einige Länder das Thema der klimawandelbedingten Schäden auch in den ADP-Prozess einbringen werden, um politischen Druck auszuüben und den großen Emittenten den Spiegel der Untätigkeit vorzuhalten.

## **2.4 Internationaler Waldschutz: Wichtige Entscheidungen**

Lange schon ist klar, dass Wälder eine wichtige Rolle dabei spielen können, die weltweiten Treibhausgase zu senken und auf ein beherrschbares Maß zu reduzieren. Deshalb begrüßte im Jahr 2008 die überwältigende Mehrheit der Länder REDDplus („Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“) als neuen, innovativen Wald-Klimaschutz-Mechanismus unter der UNFCCC, der das Ziel hat, die voranschreitende Entwaldung zu bekämpfen und die Tropenwälder zu schützen. In Warschau entschieden die Delegierten nun über wichtige Elemente des Mechanismus. Die Entscheidungen bieten den Entwicklungsländern eine umfassende Struktur, auf Basis derer sie ihre nationalen REDDplus-Programme entwerfen können.

Bereits auf den vorangegangenen Klimagipfeln in Cancún, Durban und zuletzt Doha hatten die Vertragsstaaten Einigungen zu technischen Fragen, beispielsweise zu MRV, Referenzlevels (wichtig für die Vergleichbarkeit und den Nachweis der Erfolge) sowie Schutzbestimmungen („Safeguards“) zur Wahrung intakter Urwälder und der Artenvielfalt und zum Schutz lokaler und indigener Bevölkerungsgruppen erzielt. In Warschau verhandelten die Delegierten über letzte methodische Fragen bezüglich MRV und Referenzlevels.

Das Entscheidungspaket zu REDDplus drohte noch in letzter Minute zu scheitern, da die zukünftige Finanzierungsarchitektur für REDDplus hoch umstritten blieb. In den Verhandlungen zu Finanzierung ging es in diesem Jahr noch nicht um konkrete Zahlungszusagen

---

<sup>57</sup> Kreft (2013): Getting Loss and Damage right in Warsaw.

für verbindliche Verpflichtungen, sondern um die Kriterien und Modalitäten für zukünftige ergebnisbasierte finanzielle Unterstützung.

Die Delegierten entschieden schließlich, dass die volle Umsetzung von REDDplus-Aktivitäten eine finanzielle Unterstützung für REDDplus-Vorhaben mit den vereinbarten Schutzbestimmungen und Berichterstattungsmodalitäten verknüpfen soll. Dies erlaubt ein Mindestmaß an Wahrung der Umweltintegrität und der Menschenrechte und war von den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen als dringend notwendig gefordert worden. Ohne diese verbindlichen Kriterien würden die Länder im vollen Umfang selbst entscheiden, inwiefern die nationalen REDDplus-Maßnahmen auch Potentiale für Armutsminderung und Biodiversitätsschutz fördern<sup>58 59</sup>.

Das Entscheidungspaket von Warschau zu REDDplus umfasst insgesamt sieben Punkte: Finanzierung; Einrichten nationaler Instanzen; Treiber der Entwaldung; MRV; Referenzlevels für Emissionen; nationale Wald-Überwachungssysteme und Schutzbestimmungen. Trotz der erzielten Fortschritte bleiben die Entscheidungen teils hinter den Erwartungen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zurück.

So geht beispielsweise die Entscheidung zu den Treibern der Entwaldung nicht weit genug. Alleiniger Fokus sind Maßnahmen der Entwicklungsländer zur Adressierung von Ursachen der Entwaldung. Dies ist eine sehr einseitige Betrachtung, wenn man den internationalen Handel und die daraus resultierenden Emissionen im Landsektor betrachtet. Die Delegierten haben es versäumt, ein Arbeitsprogramm zu entwerfen, das es den Entwicklungsländern ermöglicht, alle Entwaldungsursachen – auch die internationalen Treiber – aufzulisten und diese bestmöglich durch internationale Anstrengungen Schritt für Schritt zu beseitigen.

Des Weiteren vereinbarten die Vertragsstaaten noch keine Finanzierungsverpflichtungen zur langfristigen Unterstützung der ergebnisbasierten REDDplus-Maßnahmen in Entwicklungsländern. Damit stehen die Rahmenbedingungen zu REDDplus und Finanzierung einem leeren Fonds für die volle Implementierung der Maßnahmen gegenüber. Entscheidungen hierzu sind von den politisch hoch brisanten Verhandlungen über allgemeine Klimafinanzierung abhängig und werden im nächsten Jahr weiter diskutiert. Zu den offenen Verhandlungspunkten, die 2014 auf der Agenda stehen, gehört auch eine Entscheidung darüber, welche Ergebnisse bei REDDplus anrechenbar sein werden. Hintergrund ist die Befürchtung vieler Länder und Beobachter, dass das alleinige Bewertungskriterium für erfolgreiche Projekte die Höhe der erzielten Emissionsreduktionen sein wird. Damit würden zentrale Ziele von REDDplus wie Biodiversitätsschutz, Armutsminderung und gute Regierungsführung keine direkte finanzielle Unterstützung erhalten, sondern nur als wünschenswerte Zusatzkriterien („Co-Benefits“) berücksichtigt werden.

Parallel zu den Verhandlungen über REDDplus tauschten sich die Delegierten in Warschau auch über Möglichkeiten eines umfassenden Anrechnungssystems für den gesamten Landsektor aus. Die Diskussionen dazu werden 2014 fortgeführt mit dem Ziel, einheitliche und verbindliche Regelungen für den Landsektor in das neue globale Klimaschutzabkommen integrieren zu können. Dies wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Transformation des gesamten Sektors.

---

<sup>58</sup> Decision -/CP.19 Work programme on results-based finance to progress the full implementation of the activities referred to in decision 1/CP.16, paragraph 70, Para 3.

<sup>59</sup> Ebd., Para4.

## ***2.5 Kyoto-Protokoll***

Seit Januar 2013 läuft die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, die für einige Industrieländer Emissionsreduktionsverpflichtungen bis 2020 vorsieht. Zu diesen Ländern gehören Australien, die EU, Kasachstan, Liechtenstein, Island, Monaco, Norwegen, die Schweiz, die Ukraine und Weißrussland, die zusammen für gut 14 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind. Die für die Fortführung des Kyoto-Protokolls notwendigen Änderungen im Protokoll waren auf der Klimakonferenz in Doha 2012 beschlossen worden, und die Vertragsstaaten verständigten sich in Warschau darauf, das geänderte Protokoll vorläufig anzuwenden, auch wenn es noch nicht von den notwendigen 144 Staaten ratifiziert worden ist. Bislang haben erst vier Staaten ratifiziert (Bangladesh, Barbados, Mauritius, Vereinigte Arabische Emirate). Norwegen, China und die EU haben außerdem angekündigt, das geänderte Protokoll demnächst ratifizieren zu wollen. In Doha hatten die Vertragsstaaten außerdem vereinbart, die Verpflichtungen in der ersten Jahreshälfte 2012 zu überprüfen und zu erhöhen. Dazu sollen die Industrieländer, die an der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode teilnehmen, bis April mitteilen, ob sie zu der Übernahme höherer Verpflichtungen bereit sind, und darüber bei dem Ministertreffen im Juni verhandeln.

Es sind allerdings einige wichtige technische Fragen offen, insbesondere zum Umgang mit Emissions-„Guthaben“, die eigentlich in Warschau geklärt werden sollten. Der Standpunkt der EU war bislang, dass die EU und ihre Mitgliedsländer nur dann ratifizieren können, wenn diese Fragen zufriedenstellend geklärt sind. Nachdem eine Einigung dazu in der letzten Nacht der Warschauer Konferenz nicht zustande kam, ist offen, was dies für den Ratifizierungsprozess der EU bedeutet.

Das Kernproblem ist die „heiße Luft“, die sich aus überschüssigen Emissionserlaubnissen (engl. „Assigned Amount Unit“, AAU) ergibt. Diese sind dadurch entstanden, dass einige ehemalige Ostblock-Staaten durch den Zusammenbruch ihrer Industrien ihre Emissionen stärker reduziert haben, als sie dies unter der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls hätten tun müssen. Prinzipiell könnten diese überschüssigen AAUs in der zweiten Periode von diesen Staaten selbst verwendet werden, um ihre Reduktionsziele zu erreichen, oder sie könnten sie an andere Staaten verkaufen. Weil die „heiße Luft“ aber so die ohnehin bescheidenen Reduktionsverpflichtungen weiter abschwächen würde, hatten sich die Delegierten in Doha auf verschiedene Bestimmungen geeinigt, die dies einschränken sollen. Über deren genaue Auslegung konnte in Warschau aber kein Konsens erzielt werden, und das Thema wurde an die nächste Sitzung der Nebenorgane im Juni 2014 in Bonn verwiesen. Eine endgültige Entscheidung ist dementsprechend erst bei der nächsten Vertragsstaatenkonferenz in Lima Ende 2014 möglich.

## ***2.6 Die erste periodische Überprüfung (2013-2015 Review) – das Einfallstor der Wissenschaft in die UN-Klimaverhandlungen***

Der erste periodische „Review“ (Laufzeit 2013 bis 2015) war bei der COP 16 in Cancún (2010) beschlossen worden mit dem Ziel, die Angemessenheit des Zwei-Grad-Limits und den Fortschritt auf dem Weg zu dessen Einhalten zu überprüfen. Letztes Jahr in Doha hatten die Vertragsstaaten dann über seine Ausgestaltung entschieden: Der Review wird unter einer gemeinsamen Kontaktgruppe („Joint Contact Group“) der Nebenorgane „Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice“ (SBSTA) und „Subsidiary Body for

Implementation“ (SBI) verhandelt und hat das Mandat, Entscheidungen für 2015 vorzubereiten und die ADP beim Vorbereiten und Verabschieden eines neuen, rechtlich verbindlichen Abkommens bis 2015 zu unterstützen.

Vorwiegende Informationsquelle des „Reviews“ sind die Berichte des Weltklimarates IPCC, insbesondere der Fünfte Sachstandsbericht („Assessment Report 5“ – AR5), dessen Teile in diesem und im nächsten Jahr erscheinen, aber auch die Nationalberichte der Länder an die COP und die zweijährlichen (Update-)Berichte.

Die „Joint Contact Group“ wird von einem „Structured Expert Dialogue“ (SED) beraten, der erstmals während der Zwischenverhandlung im Juni 2013 in Bonn tagte und in Warschau über den ersten Teil des Fünften Sachstandsberichts des IPCC berichtete. Während die Ergebnisse der Klimawissenschaft und dabei insbesondere die Berichte des IPCC traditionell über SBSTA Eingang in die Klimaverhandlungen fanden, geschieht dies nunmehr über den „Review“ bzw. über den Expertenworkshop. Damit ist der SED zum Einfallstor der Wissenschaft in die Klimaverhandlungen geworden.

Der SED befasste sich in Warschau vornehmlich mit den Ergebnissen des ersten Berichtsteils des AR5 zur Klimawissenschaft – d.h. dem Bericht der IPCC-Arbeitsgruppe I („Working Group I“ – WG I). Beiträge zu Klimafinanzierung und Technologieförderung rundeten das Bild ab. Das UNFCCC-Sekretariat hatte die Sitzungen sehr gut vorbereitet, für jede Runde lagen den Experten Leitfragen vor, und nach den Präsentationen hatten die Delegierten die Gelegenheit, Fragen zu offenen Punkten zu stellen.

Wichtige Erkenntnisse des WG I/AR5 sind<sup>60</sup>:

- Mit an absolute Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ändert sich das globale Klima.
- Der Fingerabdruck des Menschen als Verursacher ist überdeutlich.
- Es ist noch möglich, die weltweite Klimaerwärmung auf unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.
- Wenn die Menschheit insgesamt nicht mehr als 1000 Gigatonnen Kohlenstoff ausstößt, bleibt die Erwärmung recht sicher unter zwei Grad Celsius. Allerdings hat sie bereits gut 500 Gigatonnen dieses Budgets verzehrt, und vermutlich werden die anderen von Menschen verursachten Treibhausgase (etwa Methan oder Lachgas) eine Klimawirkung von etwas mehr als 200 Gigatonnen Kohlenstoff-Äquivalenten entfalten.
- Höhere Unsicherheit erfordert ein niedrigeres Kohlenstoffbudget.
- Aktionen, um kurzlebige Treibhausgase zu vermindern, ersetzen keine Maßnahmen zum Absenken der Emissionen langlebiger Treibhausgase.

Den Anstieg des Meeresspiegels schätzt AR5 gegenüber dem letzten Sachstandsbericht deutlich höher ein – im schlimmsten Fall auf fast einen Meter gegenüber der Zeitspanne 1986 bis 2005. Abrupte Änderungen sind beim Meeresspiegelanstieg nicht auszuschließen, die Modelle sagen bei einer Erwärmung zwischen ein oder vier Grad Celsius einen Sprung des Pegels voraus, wobei unklar ist, bei welcher Temperaturzunahme dieser genau eintreffen würde.

Die Ozeanerwärmung nahm im Zeitraum 1971 bis 2010 93 Prozent der in das Klimasystem geflossenen Energie auf. Zudem verdeutlicht AR5 das hohe Maß der Ozeanversauerung.

---

<sup>60</sup> IPCC (2013): Summary for Policymakers.

rung, was eine der großen Neuigkeiten aus dem Bericht darstellt. Die Auswirkung der Versauerung auf die Nahrungskette wird eines der ganz großen Themen der Zukunft werden.

Der Bericht liefert allerdings keine Ergebnisse bezüglich der Kompatibilität der derzeitigen weltweiten Emissionsentwicklung mit dem Zwei-Grad-Limit.

Die „Joint Contact Group“ konnte diese vom SED in Warschau dargestellten, teilweise fulminanten Botschaften noch nicht verarbeiten. Sie war in Bonn im Juni dieses Jahres nicht aus den Startlöchern gekommen, da Russland die Arbeit des Nebenorgans SBI blockiert hatte, und musste dies in Warschau nachholen. Da sie deswegen keine Zeit für substantielle Arbeit hatte, blieb sie im Prozeduralen gefangen. Allerdings traf sich die informelle Gruppe in der zweiten Woche zum Thema „Review“, um das Vorgehen im kommenden Jahr zu besprechen.

Die noch ausstehenden Berichtsteile der Arbeitsgruppen II und III des IPCC für den AR5, die im März bzw. April 2014 veröffentlicht werden sollen, werden vermutlich die entscheidenden Informationen für den ersten „Review“ liefern. Ob sich der SED damit in der regulären Sitzung der Nebenorgane in der zweiten Jahreshälfte 2014 befassen wird oder bereits vorher in einer zusätzlich anzuberaumenden Sitzung, ist noch offen.

## ***2.7 Transparenz und Berichtspflichten: Weitere Schritte***

Für das Funktionieren des internationalen Klimaregimes sind regelmäßige Berichte der Vertragsstaaten über ihre Emissionen und Klimaschutzaktivitäten unverzichtbar. Die Berichte müssen nach einheitlichen Standards und in einem überprüfbareren Verfahren entstehen, weil nur so abschätzbar ist, wie sich die globalen Emissionen entwickeln und welche weiteren Klimaschutzanstrengungen erforderlich sind. Außerdem tragen solche Berichte zur Vertrauensbildung zwischen den Parteien bei. Daher hatte der Themenkomplex der Messung, Berichterstattung und Verifizierung bei den vergangenen Klimakonferenzen eine wichtige Rolle gespielt. Durch Entscheidungen der COP 17 in Durban und der COP 18 in Doha war dazu ein System von „International Assessment and Review“ (IAR) für Industrieländer und „International Consultation and Analysis“ (ICA) für Entwicklungsländer geschaffen worden. Wichtige Entscheidungen, um dieses System voll funktionsfähig und effektiv zu machen, standen aber noch aus. In Warschau wurden diese offenen Fragen geklärt. Damit ist die neue Transparenz-Architektur, so wie sie in der Abbildung 2 dargestellt ist, jetzt vollständig und arbeitsfähig.

## MRV für Industrieländer



\*Staaten mit Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll erfassen zusätzlich erforderliche Daten zur Überprüfung dieser Verpflichtungen und fügen sie den Berichten hinzu. Die Prüfung und Verifizierung anhand der Vorgaben des Protokolls erfolgt schließlich durch das *Compliance Committee of the Kyoto Protocol*.

## MRV für Entwicklungsländer



LDCs = am wenigsten entwickelte Länder (*least developed countries*)  
SIDS = Kleine Inselstaaten (*small island developing states*)

Abbildung 2: Transparenzarchitektur des internationalen Klimaregimes für Industrie- und Entwicklungsländer

## **2.8 Anpassung an den Klimawandel: Konkretes Ergebnis der Klimakonferenz**

Beim Thema Anpassung wurden in Warschau einige Fortschritte erzielt: Zum einen wurde der Prozess der Nationalen Anpassungspläne (NAPs) vorangebracht<sup>61</sup>. Eine Reihe von Ländern und Institutionen sollen ihre finanziellen Beiträge und ihre technische Hilfe für Entwicklungsländer weiter ausbauen. Dabei sollen sie bi- oder multilaterale Programme, die an das bestehende „Global Support Programme“ angelehnt sind, unterstützen. Für 2014 ist es wichtig, dass der NAPs-Prozess insbesondere in den einzelnen Entwicklungsländern vorangebracht wird, die Industrieländer die Entwicklungsländer dabei ausreichend unterstützen und darauf basierend die Richtlinien zur technischen Umsetzung angepasst und weiter verbessert werden.

Die Delegierten nahmen in Warschau den Bericht des AC zustimmend zur Kenntnis<sup>62</sup>. In der zweiten Verhandlungswoche fand das erste Anpassungsforum statt. Es gelang jedoch trotz eines „High-Level-Panels“ nicht, eine große, nach außen gerichtete inhaltliche Debatte zu führen. Um sich selbst nicht ins Abseits zu stellen, forderte die COP das AC dazu auf, das Thema Anpassung sowohl innerhalb als auch außerhalb des UNFCCC-Prozesses weiter zu stärken und die Lehren aus dem Verhandlungsstrang Anpassung in andere UNFCCC-Themenkomplexe (Finanzierung, technische Unterstützung) einzuspeisen<sup>63</sup>. Die kommende Zwischenverhandlungsrunde im Juni 2014 soll das AC dafür nutzen, seine Aktivitäten in einer eigenen Veranstaltung zu präsentieren und den Dialog mit Ländern und anderen Stakeholdern zu suchen. In Zukunft soll das AC außerdem den NAPs-Prozess technisch unterstützen und den Ländern beratend zur Seite stehen. Für das kommende Jahr stehen beim AC zudem folgende wichtige Punkte auf der Agenda<sup>64</sup>:

- Ein Workshop zu den Themen „Best Practices“ und Bedürfnisse indigener Gemeinschaften und lokaler Kommunen. Hieran sollen auch Repräsentanten von SCF, „Technology Executive Committee“ (TEC), GCF Board und LDC Expert Group (LEG) teilnehmen.
- Ein Workshop, der aufzeigen soll, wie das Umsetzen von Anpassungsmaßnahmen unter der UNFCCC auf kohärente Weise weiter vorangebracht werden kann. Um eine Diskussion auf verschiedenen Ebenen anzuregen, sollen dazu eine Reihe relevanter bi- und multilateraler Institutionen zusammengebracht werden.
- Anfertigen eines Papiers, das zeigt, wie bestehende regionale Zentren länderspezifische Anpassungsprozesse voranbringen können.
- Eine Entscheidung darüber, ob und wie Entwicklungsländer bei Vulnerabilitäts- und Anpassungsanalysen sowie beim Aufbau nationaler Institutionen und regionaler Netzwerke im Bereich Klimaanpassung unterstützt werden können.
- Aufbau einer Arbeitsgruppe, die Modalitäten für die Weitergabe von Wissen von Experten und anderen Institutionen auf Basis von Länderanfragen erarbeiten soll.

Insgesamt bleibt zu hoffen, dass das UNFCCC-Sekretariat für das kommende Jahr genügend finanzielle Mittel bereitstellt und es damit dem AC ermöglicht, die für 2014 geplanten Aktivitäten seines Arbeitsplanes umzusetzen.

---

<sup>61</sup> Decision -/CP.19; National adaptation plans.

<sup>62</sup> FCCC/SB/2013/2

<sup>63</sup> Decision -/CP.19; Work of the Adaptation Committee.

<sup>64</sup> UNFCCC (2012): Three-year workplan of the Adaptation Committee.

Auch zum „Nairobi Work Programme“ (NWP) gab es in Warschau eine Entscheidung<sup>65</sup>. Die Delegierten einigten sich darauf, das NWP weiter zu verlängern. Währenddessen sollen vor allem seine Relevanz erhöht und sein Aufgabenbereich vergrößert werden. Hierzu werden vier neue Themengebiete aufgenommen: Ökosysteme, menschliche Siedlungen, Wasserressourcen und Gesundheit. Das NWP wird zeigen müssen, dass es als Wissensplattform einen wesentlichen Beitrag zur Praxis, d.h. zum Umsetzen von Anpassungsmaßnahmen, leisten kann.

Ebenso diskutierten die Delegierten darüber, welche Rolle Anpassung im neuen Abkommen einnehmen soll. Alle Staaten betonten die große Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen und äußerten, dass die Anpassung Teil des 2015er-Abkommens werden sollte<sup>66</sup>. Inhalt der Diskussion waren auch die Anpassungsfinanzierung sowie eine Stärkung der bisherigen Kooperationsmechanismen (Anpassungskomitee, Nationale Anpassungsplanung etc.), während über das Thema der Neuschaffung von Institutionen nicht gesprochen wurde. Die Afrikanische Gruppe wiederholte ihre Forderung, ein Anpassungsziel ähnlich dem Zwei-Grad-Limit auszurufen. Das Ausformulieren eines solchen Ziels setzt allerdings weitere technische Arbeit voraus. Das Sekretariat sollte bereits vor der Konferenz als ersten Beitrag ein Expertenpapier dazu anfertigen, wie hoch die bei den unterschiedlichen Minderungspfaden zu erwartenden Anpassungskosten sind.

## ***2.9 Genderaspekte in der UNFCCC***

Bei dem Thema Gender und Klimawandel geht es zum einen um die Berücksichtigung von Gender-Aspekten in Klimapolitikmaßnahmen und zum anderen um die Teilnahme von Frauen am UNFCCC-Prozess sowie ihre Repräsentanz in verschiedenen UNFCCC-Gremien. In Warschau fand, wie in Doha bereits beschlossen, ein Workshop zum Thema Gender und Klimawandel statt<sup>67</sup>. Dieser beschäftigte sich mit folgenden drei Themenbereichen: „Gender Balance“ im UNFCCC-Prozess, Aktivitäten zur Kapazitätsverbesserung, um größere Teilnahme von Frauen am UNFCCC-Prozess zu fördern, sowie gendersensitive Klimapolitikmaßnahmen.

Gender-sensitive Klimapolitikmaßnahmen sind wichtig, da der Klimawandel Männer und Frauen unterschiedlich betreffen kann. Laut UNFCCC sind „Frauen disproportional von den Auswirkungen des Klimawandels wie Dürren, Überflutungen und anderen Extremwetterereignissen betroffen, sie spielen aber auch eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel“<sup>68</sup>. Gender-sensitive Klimapolitikmaßnahmen wurden in drei Entscheidungen von Warschau berücksichtigt. So soll beispielsweise der internationale Mechanismus zu „Loss and Damage“ in seiner Arbeit zur Erweiterung des Wissens über und Verständnisses von Risikomanagement bei der Datenerhebung auch gender-disaggregierte Daten erheben<sup>69</sup>. Ebenso wird die Effektivität des Finanzmechanismus bei dessen fünfter Überprüfung unter anderem danach bewertet werden, inwieweit der Finanzmechanismus zu gendersensitiven Ansätzen beiträgt<sup>70</sup>. Zudem berücksichtigt das NWP die Wichtigkeit gender-

---

<sup>65</sup> Decision -/CP.19; Nairobi work programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change work programme.

<sup>66</sup> Decision -/CP.19; Further advancing the Durban Platform.

<sup>67</sup> FCCC/CP/2012/8/Add.3: Decision 23/CP.18, Para 10

<sup>68</sup> UNFCCC (2013)<sup>1</sup>: Gender and Climate Change.

<sup>69</sup> Decision -/CP.19; Warsaw international mechanism for loss and damage associated with climate change impacts.

<sup>70</sup> Decision -/CP.19; Fifth review of the financial mechanism.

sensitiver Ansätze, und das „Climate Technology Centre and Network“ (CTCN) soll bei der Entwicklung und dem Transfer von Technologien Gender-Aspekte berücksichtigen<sup>71</sup>.

Bezüglich der Gender Balance im UNFCCC-Prozess war letztes Jahr in Doha – eingebracht durch die EU – eine Entscheidung zu Gender und Klimawandel getroffen worden<sup>72</sup>. Es sollten zum Beispiel zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um die Teilnahme von Frauen an verschiedenen Gremien unter der Konvention und dem Kyoto-Protokoll zu verbessern. Ebenso hatten verschiedene Gremien das Ziel der „Gender Balance“ verabschiedet. Doch nicht nur in den UNFCCC-Gremien, sondern auch in den Länder-Delegationen sollte nach dieser Entscheidung eine Verbesserung der „Gender Balance“ angestrebt werden. In Doha war entschieden worden, dieses Thema als regelmäßigen Agendapunkt aufzunehmen. Ebenso hatten die Delegierten das UNFCCC-Sekretariat dazu aufgefordert, jährlich über das Gender-Verhältnis in den verschiedenen Gremien und Länder-Delegationen zu berichten und diesen Bericht der COP vorzulegen. Die Aufstellung des Sekretariats vom Juni 2013 zeigt deutlich, dass man vom Ziel der Gender Balance in den UNFCCC-Gremien noch weit entfernt ist. So gab es im Juni 2013 nur eins von elf Gremien, in dem mehr Frauen (52 Prozent) als Männer vertreten waren. Bei sieben Gremien lag der Anteil von Frauen unter 25 Prozent. Auch in den Länderdelegationen lag der Anteil von Frauen bei den letzten drei Sitzungen nur zwischen 29 und 37 Prozent<sup>73</sup>.

In der Präambel der Entscheidung des „Compliance Committees“ in Warschau wurde das Ziel der „Gender Balance“ nochmals gestärkt; ebenso hob die Entscheidung der „Consultative Group of Experts“ (CGE) zu Nationalberichten diesen Punkt nochmals hervor<sup>74</sup>. In seiner Entscheidung von Warschau nahm das SBI die Ungleichverteilung des Anteils von Männern und Frauen in den verschiedenen Gremien mit Besorgnis zur Kenntnis<sup>75</sup>. Ebenso beschloss das SBI, Wege zu finden, Fortschritte bezüglich „Gender Balance“, gendersensitiven Klimapolitikmaßnahmen und einer effektiveren Teilnahme von Frauen an der Arbeit der Gremien zu erzielen. Das SBI will sich bei der COP 20 in Lima weiter mit diesem Thema beschäftigen<sup>76</sup>.

## **2.10 Landwirtschaft**

Beim Thema Landwirtschaft gab es in Warschau kein leichtes Vorankommen. Alle Teilnehmenden begrüßten zwar den Workshop<sup>77</sup> der „Food and Agriculture Organization“ (FAO) und des IPCC hierzu, sie bemängelten jedoch, dass nur wenige neue Erkenntnisse präsentiert worden seien und die zeitliche Ausrichtung des Workshops kurz vor Veröffentlichung des 5. IPCC-Sachstandsberichts schlecht gewählt worden sei.

---

<sup>71</sup> Decision -/CP.19; Nairobi work programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change work programme; Decision -/CP.19; Modalities and procedures of the Climate Technology Centre and Network and its Advisory Board.

<sup>72</sup> FCCC/CP/2012/8/Add.3: Decision 23/CP.18

<sup>73</sup> FCCC/CP/2013/4

<sup>74</sup> Decision -/CMP.9: Compliance Committee; Decision -/CP.19: Work of the Consultative Group of Experts on National Communications from Parties not included in Annex I to the Convention.

<sup>75</sup> FCCC/SBI/2013/L.16, Para 2.

<sup>76</sup> Ebd., Para 6, 7.

<sup>77</sup> UNFCCC (2013)<sup>2</sup>: In-session workshop on the current state of scientific knowledge on how to enhance the adaptation of agriculture to climate change impacts while promoting rural development, sustainable development and productivity of agricultural systems and food security in all countries, particularly in developing countries.

Zudem gab es Verwirrung und Uneinigkeit darüber, inwiefern es in Warschau aufbauend auf dem Workshop und den Submissionen einzelner Länder(gruppen) inhaltliche Diskussionen und eine Entscheidung geben sollte. Letztendlich kam es zu keiner inhaltlichen Debatte, sondern die Entscheidung wurde auf die nächste SBSTA-Sitzung im Juni 2014 verschoben<sup>78</sup>. Dort werden die Länder aufbauend auf dem Workshoppapier und den Submissionen über das weitere Vorgehen diskutieren.

Inhaltlich stehen sich beim Thema Landwirtschaft weiterhin die Positionen der Industrie- und Entwicklungsländer eisern gegenüber: Während erstere zwar Anpassung als wichtigsten Teil der Debatte akzeptieren, wollen sie nicht, dass andere Themen wie das Reduzieren von Treibhausgasen aus dem Dialog verbannt werden. Entwicklungsländer dagegen wollen eine reine Fokussierung auf Anpassungsmaßnahmen. Sie möchten unbedingt verhindern, dass das Thema Kohlenstoffmärkte im Landwirtschaftsbereich auf die Agenda gerät.

## ***2.11 Technologietransfer***

Im Bereich Technologietransfer standen in Warschau kaum wichtige Entscheidungen an. Im nächsten Jahr wird es vor allem darum gehen, wie der Technologiemechanismus, der auf der Konferenz in Cancún 2010 geschaffen wurde, an Fahrt aufnehmen kann. Dieser Mechanismus hat zwei Bestandteile: das TEC und das CTCN. Mit einem Beschluss zur Arbeitsweise und Geschäftsordnung des CTCN wurden in Warschau die letzten offenen Fragen geklärt, um einen voll funktionsfähigen Technologiemechanismus zu ermöglichen<sup>79</sup>. Verschiedene Staaten haben bereits insgesamt 22 Millionen US-Dollar für die Unterstützung der Arbeit des CTCN zugesagt. Zudem wurde in Warschau verkündigt, dass das Center ab dem 9. Dezember die ersten Anfragen von Entwicklungsländern, die Unterstützung in Technologiefragen benötigen, annehmen und bearbeiten wird.

Weniger erfreulich verlief die Diskussion zum ersten gemeinsamen Bericht von TEC und CTCN an die Konferenz. Hier konnten sich die Delegierten auf keinen Beschluss einigen und vertagten den Tagesordnungspunkt schließlich auf die nächste Sitzung der Nebenorgane im Juni 2014 in Bonn. Der Konflikt entzündete sich an einem Absatz, der dem TEC die Möglichkeit einräumen sollte, sich bei der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) um Beobachterstatus zu bewerben. Die Industrieländer wollten diesen Absatz nicht akzeptieren, weil sie es ablehnen, dass sich das TEC mit Fragen der geistigen Eigentumsrechte (engl. „Intellectual Property Rights“, IPR) beschäftigt. Das Thema IPR taucht auf jeder COP in unterschiedlichen Formen auf, ohne dass ein Konsens dazu näher rückt. Viele Entwicklungsländer betrachten Patente als ein Hindernis beim Technologietransfer und wollen einen weichen Schutz bis hin zu Zwangslizenzen für Klimatechnologien, während für die Industrieländer der Patentschutz unantastbar ist. In Warschau spiegelte sich dieser Konflikt also an einem Absatz im Bericht des Technologiemechanismus wieder, der viel Aufmerksamkeit und Zeit der VerhandlerInnen in Anspruch nahm. Alles in allem sollte dieses Detail TEC und CTCN jedoch nicht daran hindern, in den nächsten Monaten den Technologiemechanismus mit Leben zu füllen.

Im Hinblick auf das 2015er-Abkommen bestand weitgehende Einigkeit, dass der Technologiemechanismus auch nach 2020 Technologietransfer und -zusammenarbeit unterstüt-

---

<sup>78</sup>FCCC/SBSTA/2013/L.35

<sup>79</sup> Decision -/CP.19: Modalities and procedures of the Climate Technology Centre and Network and its Advisory Board.

zen soll. Weiteren (Ver-)Handlungsbedarf sahen einzelne Staaten vor allem in Bezug auf vier Fragen: erstens die Verknüpfung zwischen Finanz- und Technologiemechanismus und eine angemessene finanzielle Ausstattung der Technologieaktivitäten, zweitens einen MRV-Mechanismus für die technologische Unterstützung der Industrieländer, drittens das Verhältnis zwischen TEC und CTCN und viertens die Rolle geistiger Eigentumsrechte.

## **2.12 CO<sub>2</sub>-Märkte**

Über das Thema CO<sub>2</sub>-Märkte diskutierten die Delegierten in Warschau in verschiedenen Verhandlungssträngen.

Zum einen erstellen die Kyoto-Vertragsstaaten in jedem Jahr Richtlinien für den CDM als CO<sub>2</sub>-Ausgleichsmechanismus unter dem Kyoto Protokoll. In Warschau beschlossen sie auf technischer Ebene z.B. eine bessere Aufbereitung der Beiträge einzelner CDM-Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung.<sup>80</sup> Auch wenn der CDM durch einen Nachfragemangel in einer Preiskrise verbleibt, wollen die Vertragsstaaten den Mechanismus nach wie vor reformieren (etwa durch das Erhöhen der geographischen Abdeckung durch regionale Aktivitäten).<sup>81</sup>

Interessanter ist aber die Frage, in welcher Form Marktmechanismen in das 2015er-Abkommen mit einfließen sollen und welche Rolle der UNFCCC bezüglich verschiedener nationaler und regionaler Handelssysteme eingeräumt wird. Darüber hinaus versuchen marktkritische Länder wie Bolivien immer wieder, Nichtmarktmechanismen in die Diskussionen einzubringen, auch wenn diese als nationale Minderungsmaßnahmen unter anderen Abgadapunkten in der UNFCCC behandelt werden.

Trotz des Mandats, ein Ergebnis erzielen zu sollen, sowie der schon erfolgten Definition eines neuen Marktmechanismus in Doha scheiterten die Verhandlungen zu Marktmechanismen in Warschau komplett. Die Vertragsstaaten einigten sich lediglich auf den prozeduralen Kompromiss, die Diskussion beim Treffen der UNFCCC-Nebenorgane im Juni 2014 fortzusetzen.

Bei den Verhandlungen über Marktmechanismen als Teil des zukünftigen Klimaregimes wird oft argumentiert, dass eine ex-ante Etablierung flexibler Mechanismen Länder dazu bringen könnte, ihre Klimaschutzversprechen zu erhöhen. Diese Argumentation von Ländern wie Australien oder Neuseeland, aber auch von EU-Mitgliedern, ist allerdings wenig plausibel, wenn die Länder gleichzeitig ihre Reduktionsverpflichtungen zurückschrauben. Zudem ist umstritten, ob das neue Abkommen überhaupt Verschmutzungserlaubnisse auf Länderebene verteilen soll. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viele Länder diese als geldwerten Vorteil begreifen und beispielsweise Länder der ehemaligen GUS einen regelrechten Abwehrkampf (siehe Kapitel 2.5 zum Kyoto-Protokoll) führen, um ihre „heiße Luft“ zu verteidigen, obgleich die Überallokation nicht durch Klimaschutzpolitik ausgelöst wurde.

---

<sup>80</sup> Der CDM hat zwei Ziele: das Generieren von Zertifikaten, die der Anrechnung der Klimaschutzverpflichtung von Industrieländern unter dem Kyoto-Protokoll dienen, und das Anstoßen einer nachhaltigen Entwicklung in den Ursprungsländern.

<sup>81</sup> [http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cmp9\\_cdm.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cmp9_cdm.pdf) und [unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cmp9\\_cdm\\_guidance.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cmp9_cdm_guidance.pdf)

Des Weiteren wird darüber diskutiert, CO<sub>2</sub>-Märkte als nationale Implementierungswerkzeuge einzusetzen. Ein regionaler und letztendlich globaler CO<sub>2</sub>-Preis ist ein notwendiges (wenn auch nicht hinreichendes) Instrument, um langfristig die Transformation zu einer klimafreundlichen Ökonomie zu schaffen. Dieses Ziel sollte nicht aus den Augen verloren werden. Nationale Marktmechanismen, aber auch CO<sub>2</sub>-Steuern, werden ein wichtiges Politikinstrument sein, damit die Länder ihre Minderungsverpflichtungen im 2015er-Abkommen national regulieren können. Das Verbinden nationaler und regionaler Handelssysteme wird dabei helfen, Minderung kosteneffektiv zu erreichen und Marktliquidität herzustellen. Dies darf jedoch nicht zu einem „Race to the Bottom“ hinsichtlich der Regeln, Emissionsarten und regulierten Gase führen. Hier hat die UNFCCC mit ihren entwickelten, regelbasierten Ansätzen zukünftig eine wichtige Rolle zu spielen. In den Verhandlungen, die unter dem „Framework for Various Approaches“ zusammengefasst werden, wurde eine Informationsplattform als erster Schritt zu einer besseren Koordinierung unterschiedlicher Ansätze und Marktmechanismen vorgeschlagen.<sup>82</sup> Solche Plattformen, aber auch stärkere Mechanismen wie gemeinsame Marktprinzipien und Marktstandards oder zumindest Mindestkriterien, gilt es im Juni 2014 in Bonn aufzugreifen, auch damit das Thema für die ADP-Verhandlungen vorbereiten werden kann.

---

82

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/application/pdf/sbsta39\\_i13a\\_15nov2013t1400\\_dt.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/application/pdf/sbsta39_i13a_15nov2013t1400_dt.pdf)

## 3 Referenzen

### Allgemeine Referenzen

- Adaptation Fund (Hrsg., 2013): The Adaptation Fund Surpasses \$100 Million Fundraising Target at COP19. Abrufbar unter: [adaptation-fund.org/media/adaptation-fund-surpasses-100-million-fundraising-target-cop19](http://adaptation-fund.org/media/adaptation-fund-surpasses-100-million-fundraising-target-cop19)
- BBC (Hrsg., 2013): Typhoon prompts 'fast' by Philippines climate delegate. Abrufbar unter: [www.bbc.co.uk/news/science-environment-24899647](http://www.bbc.co.uk/news/science-environment-24899647)
- Climate Action Tracker Partners (Hrsg., 2011): Climate Action Tracker. Abrufbar unter: [www.climateactiontracker.org](http://www.climateactiontracker.org)
- European Climate Foundation (Hrsg., 2013): New unabated coal is not compatible with keeping global warming below 2°C. Abrufbar unter: [www.europeanclimate.org/documents/nocoal2c.pdf](http://www.europeanclimate.org/documents/nocoal2c.pdf)
- Germanwatch (Hrsg., 2013): Koalitionäre wollen Deutschland beim Klimaschutz vom Vorreiter zum Mitläufer machen. Analyse der energie- und klimapolitischen Einigungen im Koalitionsvertrag. Abrufbar unter: [germanwatch.org/de/7746](http://germanwatch.org/de/7746)
- IPCC (Hrsg., 2013): Summary for Policymakers. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S. K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA
- Jeffery, L., Gütschow, J., Vieweg, M., Schaeffer, M., Hare, B., Rocha, M. & F. Fallasch (2013): Japan: from frontrunner to laggard. Policy Brief by Climate Action Tracker. Abrufbar unter: [www.climateactiontracker.org/assets/publications/briefing\\_papers/CAT\\_Policy\\_brief\\_Japan-Nov15-2011.pdf](http://www.climateactiontracker.org/assets/publications/briefing_papers/CAT_Policy_brief_Japan-Nov15-2011.pdf)
- Kreft, S. (2013): Getting Loss and Damage right in Warsaw. Abrufbar unter: [www.loss-and-damage.net/4942](http://www.loss-and-damage.net/4942)
- Kreft, S. & C. Bals (2013): Warschau, Lima, Paris – Im Dreisprung zum Klimaabkommen. Ausblick auf den Klimagipfel COP 19 in Warschau. Germanwatch (Hrsg.). Abrufbar unter: [germanwatch.org/de/download/8413.pdf](http://germanwatch.org/de/download/8413.pdf)
- Ocha (2013): Philippines: Typhoon Haiyan Situation Report No. 21 (as of 6 December 2013). Abrufbar unter: [www.reliefweb.int/report/philippines/philippines-typhoon-haiyan-situation-report-no-21-6-december-2013](http://www.reliefweb.int/report/philippines/philippines-typhoon-haiyan-situation-report-no-21-6-december-2013)
- Ren21 (Hrsg., 2013): Renewables 2013. Global Status Report. Abrufbar unter: [www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2013/GSR2013\\_lowres.pdf](http://www.ren21.net/Portals/0/documents/Resources/GSR/2013/GSR2013_lowres.pdf)
- Reuters (Hrsg., 2013): Japan's new CO<sub>2</sub> goal dismays U.N. climate conference. Abrufbar unter: [www.reuters.com/article/2013/11/15/us-climate-japan-idUSBRE9AE00P20131115](http://www.reuters.com/article/2013/11/15/us-climate-japan-idUSBRE9AE00P20131115)
- Tagesschau (Hrsg., 2013): Zyklon verwüstet Nordosten Somalias. 100 Tote nach Sturm an Puntlands Küste. Abrufbar unter: [www.tagesschau.de/ausland/somalia550.html](http://www.tagesschau.de/ausland/somalia550.html)
- The Guardian (Hrsg., 2013): Why Tony Abbott wants to abolish the carbon price. Abrufbar unter: [www.theguardian.com/environment/southern-crossroads/2013/sep/18/tony-abbott-abolish-carbon-price](http://www.theguardian.com/environment/southern-crossroads/2013/sep/18/tony-abbott-abolish-carbon-price)
- Youth Climate (Hrsg., 2013): Climate Denial Group CFACT Congratulates Australia During Warsaw Talks. Abrufbar unter: [youthclimate.org/climate-denial-group-cfact-congratulates-australia-during-warsaw-talks-477354/](http://youthclimate.org/climate-denial-group-cfact-congratulates-australia-during-warsaw-talks-477354/)

**UNFCCC-Referenzen**

(2012): Three-year workplan of the Adaptation Committee. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/adaptation/Cancun\\_adaptation\\_framework/adaptation\\_committee/application/pdf/work\\_plan\\_final.pdf](http://unfccc.int/files/adaptation/Cancun_adaptation_framework/adaptation_committee/application/pdf/work_plan_final.pdf)

(2013)<sub>1</sub>: Gender and Climate Change. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/gender\\_and\\_climate\\_change/items/7516.php](http://unfccc.int/gender_and_climate_change/items/7516.php)

(2013)<sub>2</sub>: In-session workshop on the current state of scientific knowledge on how to enhance the adaptation of agriculture to climate change impacts while promoting rural development, sustainable development and productivity of agricultural systems and food security in all countries, particularly in developing countries. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/application/pdf/131112\\_ws\\_agri\\_ws\\_note.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/application/pdf/131112_ws_agri_ws_note.pdf)

Submissions from Parties to the COP and CMP. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/documentation/submissions\\_from\\_parties/items/5916.php](http://unfccc.int/documentation/submissions_from_parties/items/5916.php)

FCCC/CP/2010/7/Add.1: Report of the Conference of the Parties on its sixteenth session, held in Cancun from 29 November to 10 December 2010. Addendum. Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its sixteenth session

FCCC/CP/2012/8/Add.1: Report of the Conference of the Parties on its eighteenth session, held in Doha from 26 November to 8 December 2012. Addendum. Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its eighteenth session

FCCC/CP/2012/8/Add.3: Report of the Conference of the Parties on its eighteenth session, held in Doha from 26 November to 8 December 2012. Addendum. Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its eighteenth session

FCCC/CP/2013/4: Report on gender composition

FCCC/SB/2013/2: Report of the Adaptation Committee

FCCC/SBI/2013/L.16: Gender and climate change Draft conclusions proposed by the Chair.

FCCC/SBSTA/2013/L.35: Issues relating to agriculture

FCCC/TP/2013/8: Updated compilation of information on mitigation benefits of actions, initiatives and options to enhance mitigation ambition

Decision -/CMP.9: Compliance Committee. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cmp9\\_compliance.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cmp9_compliance.pdf)

Decision -/CP.19: Arrangements between the Conference of the Parties and the Green Climate Fund. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_cop\\_gcf.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_cop_gcf.pdf)

Decision -/CP.19: Fifth review of the financial mechanism. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_fifth\\_review\\_finmech.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_fifth_review_finmech.pdf)

Decision -/CP.19: Further advancing the Durban Platform. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_adp.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_adp.pdf)

Decision -/CP.19: Modalities and procedures of the Climate Technology Centre and Network and its Advisory Board. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_ctcn.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_ctcn.pdf)

Decision -/CP.19: Nairobi work programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change work programme. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_nairobiwp.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_nairobiwp.pdf)

Decision -/CP.19: National adaptation plans. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_nap.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_nap.pdf)

Decision -/CP.19: Report of the Green Climate Fund to the Conference of the Parties and guidance to the Green Climate Fund. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_report\\_gcf.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_report_gcf.pdf)

Decision -/CP.19: Report of the Standing Committee on Finance to the Conference of the Parties. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_scf.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_scf.pdf)

Decision -/CP.19: Warsaw international mechanism for loss and damage associated with climate change impacts. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_lossanddamage.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_lossanddamage.pdf)

Decision -/CP.19: Work of the Adaptation Committee. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_adaptation\\_committee.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_adaptation_committee.pdf)

Decision -/CP.19: Work of the Consultative Group of Experts on National Communications from Parties not included in Annex I to the Convention. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_cge\\_natcom\\_nai.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_cge_natcom_nai.pdf)

Decision -/CP.19: Work programme on results-based finance to progress the full implementation of the activities referred to in decision 1/CP.16, paragraph 70. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/meetings/warsaw\\_nov\\_2013/decisions/application/pdf/cop19\\_redd\\_finance.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/decisions/application/pdf/cop19_redd_finance.pdf)

Conclusions proposed by the Co-Chairs as adopted by the ADP. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/bodies/awg/application/pdf/adp\\_conclusions\\_as\\_adopted.pdf](http://unfccc.int/files/bodies/awg/application/pdf/adp_conclusions_as_adopted.pdf)

Draft Decision on Long Term Financing under the Convention. (16.11.2013) G77 and China. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/documentation/submissions\\_from\\_parties/application/pdf/ltf\\_g77\\_and\\_china\\_1500\\_final.pdf](http://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_parties/application/pdf/ltf_g77_and_china_1500_final.pdf)

Draft decision on Guidance to the Green Climate Fund. (18.11.2013) AOSIS. Abrufbar unter:

[http://unfccc.int/files/cooperation\\_and\\_support/financial\\_mechanism/green\\_climate\\_fund/application/pdf/aosis\\_draft\\_decision\\_gcfv5\\_%281%29\\_18\\_nov\\_1250am\\_%28track\\_accepted\\_changes%29.pdf](http://unfccc.int/files/cooperation_and_support/financial_mechanism/green_climate_fund/application/pdf/aosis_draft_decision_gcfv5_%281%29_18_nov_1250am_%28track_accepted_changes%29.pdf)

### ... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

**Spendenkonto:** 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

**Spenden per SMS:** Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

**Mitgliedschaft:** Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

[www.germanwatch.org/de/mitglied-werden](http://www.germanwatch.org/de/mitglied-werden)

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:  
Telefon: 0228/604920, E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

# Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

## **Bankverbindung / Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft AG,  
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,  
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)** oder bei einem unserer beiden Büros:

## **Germanwatch – Büro Bonn**

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

## **Germanwatch – Büro Berlin**

Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.